

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6408  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Ersteinst wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

## Inhalt:

Verkürzung und Reform der Arbeitszeit. — Die Kampfmittel der Gewerkschaften. — Die sozialpolitischen Leistungen der Stadt Marienburg. — Versammlungstaktik und Versammlungsreform. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Anzeigen. — Totenliste des Verbandes. — Feuilleton: Zwang und Freiheit. I.

## Verkürzung und Reform der Arbeitszeit.

Wenn auch vor Dezennien die Dauer der täglichen Arbeitszeit das derzeitige übliche Maß nicht unerheblich überschritten hat, so fand diese Tatsache doch wieder einen Ausgleich in den namentlich in katholischen Gegenden üblichen vielen Feiertagen, die wieder eine gewisse Einschränkung der Arbeitsleistung bewirkten. Der damals vorwiegende Agrarstaat hat sich inzwischen zum Industriestaat gewandelt, obendrein breiten sich an Stelle der bodenständigen Landbevölkerung mehr und mehr Feudalherrschaften, Fideikommissgüter usw. aus. Mehr als der gesamte Bevölkerungszuwachs ist zum besitzlosen Industriearbeiter, zum Proletariat herabgedrückt worden. Die kirchlichen Feiertage sind geschwunden und das Arbeitstempo hat neue, schärfere Formen angenommen, so daß trotz der erlängten kürzeren Arbeitszeiten selbst unter Außerachtlassung technischer Erfindungen und Hilfsmittel ein bedeutendes Mehr von Jahresarbeitsleistung des einzelnen festzustellen ist.

Da unter den gegebenen Verhältnissen namentlich die Großstädte, und zwar in den letzten Jahren ganz unheimlich, an Einwohnerzahlen zunahmen, so mußte natürlicherweise die Folge davon eine Ausdehnung des bebauten Stadtgebietes sein. Für die Kapitalisten, Terrainspekulanten, die durch Grunderwerbungen einen förmlichen Wall um die Städte legten, ist nun die Zeit der Ernte gekommen. Das Kapital hat eine feine Nase. Denn nicht nur, daß sich die Bodenvucherer und Vorkäufer jeden Quadratmeter Bodens, von dem sie noch vor wenigen Jahren Dutzende von Tagewerken oder Morgen um einen Wurzelbauern erwerben konnten, schwer mit Gold aufwiegen lassen, mußte infolge der durch diese Praktiken erschwerten Bautätigkeit auch auf dem Wohnungsmarkt eine förmlich Gasse (siehe Preisaufwärtsbewegung) eintreten. Mietpreiserhöhungen sind an der Tagesordnung verschlingend an einzelnen Orten mehr, als sich die Arbeiter durch ihre gewerkschaftlichen Kämpfe erringen konnten. Die erhöhten Mietpreise repräsentieren einen größeren Kapitalwert des Objekts und schwerer rollt das Geld in die Taschen der Geldmensch. Zwei Fliegen mit einem Schlag! — Wenn auch durchaus nicht verkannt werden soll, daß auch dem Hausbesitzer im Laufe der Jahre immer größere Lasten aufgebürdet wurden, die durch eine Erhöhung der Mietpreise ausgeglichen werden mußten, so stehen beide Erscheinungen doch in gar keinem zahlenmäßigen Verhältnis zueinander.

Während die Volkswirtschaftler ungefähr ein Fünftel des Verdienstes für Wohnung auswerfen wollen, muß der heutige Arbeiter oft mehr als ein Viertel allein für Wohnungsmiete entrichten, wobei er sich noch im Uebermaß einzuschränken gezwungen ist. Wenn man so die Grundstückspekulation in ihren Zusammenhängen und Folgen betrachtet, so muß man unweigerlich zu dem Schlusse gelangen, daß eben der Privatbesitz eine Schädigung und Gefährdung des Allgemeinwohls darstellt. Und merkwürdigerweise vermögen auch jene Gesellschaftsschichten, die den Gedanken des Sozialismus weit von sich weisen, diesen Dingen nicht anders zu begegnen, als durch kommunale Betätigung, Zusammenschluß zu gemeinnützigen Baugesellschaften u. dgl., was alles in seiner Tendenz dem Sozialismus nicht ferne liegt, und beweist, daß der einzelne eben gegenüber der kapitalistischen Gesellschafts- und Staatsordnung machtlos ist.

Indessen kann es nicht im Rahmen gegenwärtiger Betrachtung liegen, weiter auf dieses Gebiet einzugehen. Die Folge der Gesamtersehung auf dem Wohnungsmarkt ist, daß namentlich die Arbeiter der Großstädte gezwungen sind, in die umliegenden Ortschaften zu verziehen, wo zwar infolge billigeren Grund und Bodens auch die Wohnungen noch eher erschwinglich sind, dafür aber erhebliche Beträge als Jahrgelder von und zur Arbeitsstelle aufgewendet werden müssen. Allenthalben entstehen neue Siedelungen, und Fragen der Eingemeindung, Zweckverband u. dgl. füllen die Spalten der Zeitungen.

Von den an die Peripherie (äußerste Grenze) und in die umliegenden Orte gedrängten Arbeitern sind die Privatarbeiter mitunter insofern noch günstiger daran, als sie oftmals in den nächstliegenden Stadtteilen ihrem Erwerb nachgehen können. Aber bei den Gemeindearbeitern kommt in Frage, daß sich deren Tätigkeitsgebiet meist über die ganze Stadt erstreckt und somit verhältnismäßig häufig sehr weite Wege von und zur Arbeitsstelle zurückzulegen sind. Um 9 oder 9½ Stunden Arbeit zu leisten, ist der Arbeiter regelmäßig vom frühesten Morgen bis zum späten Abend von Hause abwesend, geschweige denn, daß ihm während des Tages noch Zeit zur Erholung verbleibt. Mehr als bisher macht sich also das Bedürfnis der Arbeitszeitverkürzung geltend und nicht nur bei den Staats- und Gemeindebeamten, sondern auch bei der Arbeiterkassat strebt man neben der Verkürzung auch nach anderweitiger Einteilung: nach der ungeteilten Arbeitszeit.

Mächtige Hindernisse sind es aber, die dem entgegenstehen. Abgesehen davon, daß die Arbeitgeber, die leider in den Staats- und Gemeindeparlamenten meist das Übergewicht haben, von alters her Gegner vernünftiger Einschränkung der Arbeitszeit sind, bedarf es auch einer völligen Umwälzung des derzeitigen Gesellschaftslebens, um der Forderung ungeteilter Arbeitszeit wenigstens in den Großstädten zum Durchbruch zu verhelfen. Hand in Hand mit der Frage der ungeteilten Bureauzeit für die Beamten steht die Frage ungeteilten Schulunterrichts und ungeteilter Arbeitszeit. Und

es wäre nicht gut denkbar, daß beispielsweise die technischen Gemeindebeamten um 2-3 Uhr Diensthluß hätten, und man so die Arbeiter bis abends allein schaffen ließe. Und bei der Schulzeit müßte schon eine Aenderung insofern eintreten, um die Familienangehörigen am gemeinsamen Tische vereinen zu können.

Allein, so groß und mannigfaltig sich die Schwierigkeiten zu Bergen türmen — die ungeteilte (und für die Arbeiter erheblich verkürzte) Dienstzeit wird doch nur mehr eine Frage der Zeit sein. Sie wird und muß kommen. Und eine spätere Generation wird einstens mit merkwürdigen Empfindungen auf diese Kämpfe unseres sogenannten „aufgeklärten“ Zeitalters und die einer fortschrittlichen Entwicklung sich entgegenstimmenden Bestrebungen der Gegenwartsmenschen zurückblicken als auf eine Analogie des Naturgesetzes von dem „Beharrungsvermögen“.

Eilen wir also der Entwicklung ein oder zwei Jahrzehnte voraus, so wird wie schon in England, auch in deutschen Großstädten der Arbeiter aus der weiteren Umgebung — wo er vielleicht ein kleines Heim sein eigen nennt — auf geeigneten und raschen Verkehrsverbindungen frühmorgens seinen in der Stadt gelegenen Arbeitsplatz aufsuchen, um seine (höchstens) 8 Stunden Arbeit — etwa unterbrochen von zwei kürzeren Pausen — zu leisten, um dann wieder seinem Heim zuzueilen. Die Kinder sind um diese Zeit aus der Schule zurück und ein (infolge der Gemeinsamkeit) kräftigerer Mittagstisch findet die Familienangehörigen um sich vereinigt. Und es bleibt immer noch Zeit, um sich zu erholen und sich der Familie zu widmen.

Es ist nicht leicht, sich so unvermittelt in diese Verhältnisse hineinzuversetzen; zumal jede Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung bitter erkämpft werden muß. Und doch beweist die Erfahrung dufendst, daß die kürzere Arbeitszeit weder qualitativ noch quantitativ eine Beeinträchtigung der Arbeitsleistung mit sich brachte.

Bei manchem Arbeiter und Kollegen wird vielleicht der Gedanke auftauchen, es wäre nicht möglich, 8 Stunden ohne warme Mahlzeit und größere Erholungspause zu schaffen. Mit Verlaub! Auch Du kannst Deine konservative Anschauung nicht ohne weiteres abstreifen. Aber ist es vielleicht Erholung, wenn heute ein großer Teil der Arbeiter während der Mittagspause auf dem Rade der Wohnung strampelt, um dort rasch etwas zu essen — wenn man das Verschlingen von Speisen noch so nennen kann —, um dann völlig außer Atem wieder am Arbeitsplatz anzukommen? Ist das rationell sowohl für den Arbeiter, als auch für den Arbeitgeber? — Und ist es vorteilhaft für den Arbeiter, den gleichen Weg anstatt zweimal, viermal des Tages zurückzulegen? — Und nun die notwendige Zwischenmahlzeit, die Du eventuell ins Feld führen willst. Bitte, komm einmal mit in eine Wirtschaft, wo die Arbeiter infolge zu weiter Entfernung von der Wohnung ihre 1½ stündige Mittagspause verbringen! Sieh zu, wie sie für wenige Pfennige minderwertige Durstwaren genießen und dazu — um die Zeit auszufüllen — mehr als angezeigt Alkohol konsumieren. Denke Dir diese Situation einmal während der Wintermonate, und Du wirst zugeben müssen, daß hier nicht ökonomisch gewirtschaftet wird.

Wirf auch einen Blick in die Arbeiterfamilie während der Mittagsstunde. In den Fällen, wo, wie vorhin bemerkt, der Mann nach Hause kommt, mag es noch angehen. Nehmen wir aber den entgegengesetzten Fall. Eben sind die Kinder von der Schule gekommen; sie erhalten als Mittagsmahl wenig nährkräftige Kost. „Es wird bei uns erst abends gekocht, wenn der Vater nach Hause kommt,“ so wird Dir die Mutter auf Deine Frage sagen.

Wäre es da nicht zuträglich, wenn der gemeinsame Tisch, der damit auch etwas reichlicher ausfallen könnte, schon um 3 Uhr statt um 6 oder 7 Uhr gedeckt würde? — Und wenn in die 8 stündige Arbeitszeit etwa zwei Pausen zu je einer halben Stunde eingeteilt würden, so könnte der Arbeiter immerhin noch für seines Leibes Nahrung sorgen.

Betrachten wir uns nur z. B. einmal einen Fuhrmann, der früh 4 Uhr schon aus den Federn kriecht, mittags zwei Stunden und mehr in irgend einem Hofe pausiert, seine Pferde füttert und erst spät abends den Stall verlassen kann, um zu seiner Familie zu kommen. Mühte man da nicht im Namen der Menschlichkeit auf eine Aenderung dringen? — Es würde doch völlig genügen, wenn der Fuhrmann seinen Pferden als Zwischenmahlzeit (wie die Fialer) einen Laib Brot fütterte, um dann schon nachmittags zur Ruhe zu kommen. Die Möglichkeit dessen beweist die Art der Behandlung und Fütterung der Militärpferde, an die doch auch mitunter ganz enorme Anforderungen gestellt werden.

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Und dieser Weg muß gesucht und gefunden werden. Schritt für Schritt muß die Verkürzung der Arbeitszeit erkämpft und mit gleicher Energie auch die Idee der ungeteilten Arbeitszeit propagiert werden. Insbesondere ist es Aufgabe der Gemeinden, hier voranzugehen, denn dem unter dem Zwange der Konkurrenz stehenden Privatunternehmer stehen zu Versuchen, wie der ungeteilten Arbeitszeit, doch erheblichere Hindernisse entgegen. Sache der Gemeinden ist es, hier ad oculos zu demonstrieren, daß die Welt auch bei Einführung solcher Reformen nicht untergehen, sondern daß damit nur das allgemeine Volkswohl — in unserer nervösen und überhasteten Zeit tut das wahrhaftig not — gewonnen wird. Wer erinnert sich nicht der Zeit, in der sich z. B. die kaufmännischen Geschäfte energisch gegen den früheren Ladenstluß, die Sonntagsruhe usw. wehrten; ja, wie ihnen diese geradezu aufgezwungen werden mußten. Und wie heute wohl keines dieser Geschäfte den früheren Zustand zurückwünschen würde, so werden auch die Unternehmer von der ungeteilten Arbeitszeit befriedigt sein und sich damit abfinden.

Von solchen Gesichtspunkten ausgehend, hat die Filiale München unseres Verbandes an die städtischen Kollegien den Antrag nebst entsprechender Begründung eingereicht,

„es wolle bei der Abteilung „Kanalarbau“ ein Versuch mit einer durchgehenden 8stündigen Arbeitszeit unternommen werden, worauf sich nach einigen Monaten sowohl die Arbeiter, als auch die Betriebsleitung gütlich über die Durchführbarkeit der ungeteilten Arbeitszeit, die Einwirkung auf das Familienleben, Vermehrung oder Verminderung des Arbeitspensums usw. äußern sollen“.

Die Einteilung ist so gedacht, daß die Arbeit früh 6 Uhr beginnt und 3 Uhr nachmittags endet; in die Arbeitszeit sollen zwei Pausen zu je einer halben Stunde fallen.

Hoffen wir von dem Beistand der Münchener städtischen Kollegien, daß sie diesem Ansuchen Rechnung tragen werden. Und es darf wohl gesagt werden, daß ein solcher Versuch und dessen Verwertung im wirtschaftlichen Kampfe nicht nur im Interesse der städtischen Arbeiter — die allein aus der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nicht herausgeschält werden können —, sondern auch der ganzen für ein menschlicheres Dasein kämpfenden Arbeiterschaft gelegen ist. Stellt sich ein beide Teile befriedigendes Ergebnis heraus — und daran ist nicht zu zweifeln —, so wäre damit nicht nur Pionierarbeit auf dem Gebiete der Verkürzung und Reform der Arbeitszeit, sondern auch eine Erleichterung im Wohnungswesen geschaffen.

J. Sebald.

Aus dunklen Tiefen tagelang,  
sonnenhangrig ringt ein Riese,  
Seine Arme tiefen von Schweiß.  
Mühsal durchs Krümmertor,  
quaderwägend,  
schicksalstrotzig bricht er sich Bahn.  
Oben die Etern, Ruckeln von Stahl,  
In seinen Adern kreisen  
der Menschheit Sehnsucht und Qual.

Aus seinen Augen guden,  
unlöslliche Strahlen des Lichts,  
und ob sie mit goldenen Säulen  
ihn niederbrücken und schänden,  
der Riese läßt sich nicht bücken  
Und wächst mit gewaltigem Ruck  
aus dem verachteten Nichts.

Karl Densell



## Die Kampfmittel der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind die Sturmskolonnen der Klassenbewußten Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie wollen die verheerenden Wirkungen des Kapitalismus auf das Proletariat abschwächen und eindämmen.

Der einzelne Arbeiter ist diesen Wirkungen gegenüber vollständig machtlos. Er ist zum Verkauf seiner Arbeitskraft an die Träger des Kapitalismus, die Besitzer des Kapitals und der Produktionsmittel, gezwungen, wenn er leben will. Denn nur durch das Kapital und mit Hilfe der Produktionsmittel, über die der Arbeiter nicht verfügt, kann die Arbeitskraft des letzteren wirtschaftlich ausgenutzt werden. Infolgedessen ist der Arbeiter den Besitzern des Kapitals und der Produktionsmittel in die Hand gegeben. Sie können ihm den Preis, für den er ihnen seine Arbeitskraft verkaufen muß, vorschreiben.

Das Blatt wendet sich aber, wenn der Arbeiter dem Kapitalisten seine Arbeitskraft wirkungsvoll vorzuenthalten vermag. Denn Kapital und Produktionsmittel liegen brach, wenn die Arbeitskraft fehlt, durch die allein sie als Mittel und Werkzeuge zur Wertezeugung benutzt werden können. Die Vorenthaltung der Arbeitskraft in fühlbarer und wirkungsvoller Weise ist dem einzelnen Arbeiter aber nicht möglich. Abgesehen davon, daß er leicht ersetzbar ist, zwingt ihn der Hunger immer und immer wieder unter das kapitalistische Joch. Die Möglichkeit der Vorenthaltung — und zwar der wirklichen Vorenthaltung — der Arbeitskraft ist dem Arbeiter nur durch die Vereinigung mit seinen Leidensgenossen zu straffen Organisationen gegeben, die sich die Arbeiter in den Gewerkschaften geschaffen haben.

Die Gewerkschaften brechen die Willkür der Besitzer des Kapitals und der Produktionsmittel bei der Festsetzung der Bedingungen, zu denen die Arbeitskraft der Arbeiter erhandelt wird. Sie sichern den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht beim Verkauf ihrer Arbeitskraft und das Verfügungsrecht über letztere. Sie führen den Gegenwartskampf für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse insgesamt und jedes einzelnen ihrer Glieder. Sie ermöglichen die Erringung von Verbesserungen und die Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie bringen schließlich die Arbeiter dem Mitbestimmungsrecht und der vollen Gleichberechtigung im Produktionsprozeß immer näher und bereiten dadurch die Überwindung des Kapitalismus, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Sozialisierung der Gesellschaft den Weg.

Jede von ihrem Zweck voll erfüllte und ihren großen Aufgaben ernstlich nachstrebende Gewerkschaft muß bemüht sein, die geschädigten Wirkungen der Gewerkschaftsbewegungen tatkräftig zu steigern. Zu diesem Zwecke haben die Gewerkschaften neben den eigentlichen gewerkschaftlichen mannigfachen anderen Einrichtungen getroffen, von denen nur das Unterstützungswesen, die Bildungsarbeit und die Pflege der Geselligkeit genannt werden sollen. Alle diese Einrichtungen dürfen sich aber niemals zum Selbstzweck einer gewerkschaftlichen Organisation oder einzelner ihrer Abteilungen entwickeln, sondern müssen unbedingt der großen Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbewegung, der Arbeit für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse, untergeordnet werden.

So sollen die Unterstützungseinrichtungen vor allen Dingen als ein Mittel zur Werbung nichtorganisierter Arbeiter und zur Fesselung der Gewerkschaften an die Organisation dienen, die ihren Mitgliedern durch die Unterstützungen in den Zeiten der Arbeitslosigkeit und in sonstigen Notlagen einen festen Rückhalt gewährt. Durch die werbende und bindende Wirkung der Unterstützungseinrichtungen wird die Gewerkschaft stark und widerstandsfähig gegenüber dem Unternehmertum und die Möglichkeit zur Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesteigert. Durch die nollindernde, fürsorgende Wirkung des Unterstützungswesens werden die Arbeiter unabhängig gemacht von der Willkür des Unternehmertums und davor bewahrt, z. B. zur Beendigung ihrer Arbeitslosigkeit Arbeit um jeden Preis anzunehmen, ihre eigene Lage zu verschlechtern und die Verhältnisse im ganzen Berufszweig zu drücken; auch diese Wirkung trägt also zur Förderung der Hauptaufgabe der Gewerkschaften wesentlich bei.

Ebenso müssen die gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen — die Gewerkschaftspresse, die Bibliotheken, die Vortragsveranstaltungen, Exkursionen, Ausstellungen usw. — der Verfolgung dieses Zweckes dienen. Sie sollen den Blick der Mitglieder weiten, die Erkenntnis ihrer Klassenlage und des Klassenbewußtseins wecken, die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben und die natürlichen und

gesellschaftlichen Entwicklungsgehalte erkennen lehren und aus dem Gewerkschaftsreflexen geschulte und harthärtende Klassenkämpfer erziehen. Dadurch wird auch die gewerkschaftliche Bildungstätigkeit die Erfüllung der vornehmsten Aufgabe der Gewerkschaften erleichtern und fördern.

Durch die Pflege der Geselligkeit endlich, die von den Gewerkschaften in gesunde und einwandfreie Bahnen geleitet werden muß, wird der Hauptaufgabe aller gewerkschaftlichen Tätigkeit ebenfalls gedient, indem die Mitglieder einander näher gebracht und zu guten Kameraden und Kampfgenossen erzogen werden, deren einer sich auf den anderen unbedingt verlassen kann. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, die Betätigung unerschütterlicher Solidarität wird gefördert, was eine der wichtigsten Vorbedingungen zur erfolgreichen Führung des gewerkschaftlichen Kampfes ist.

Alle diese Einrichtungen sind also lediglich Mittel zu dem Zweck, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Interesse der Arbeiter zu erhöhen. Sie dienen der wirksamen Vorbereitung der Gewerkschaften selbst und aller ihrer Mitglieder zur tatkräftigen und erfolgreichen Führung des eigentlichen Gewerkschaftskampfes und zur klugen Handhabung der in diesem Kampfe benutzten Waffen, d. h. also der gegen das Unternehmertum gerichteten gewerkschaftlichen Kampfmittel.

Das älteste und bedeutendste dieser Kampfmittel ist der geschlossene Ausstand, der Streik. Die wirkliche Vorenthaltung der menschlichen Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkte, die dem einzelnen Arbeiter, wie schon vorhin betont wurde, schlechterdings unmöglich ist, wurde durch die Gewerkschaften der in ihnen vereinigten Masse der Arbeiter als scharfe Waffe in die Hand gegeben. Die Gewerkschaften sorgen für die Ausbringung und Anwendung von Mitteln zur Unterstützung solcher Arbeiter, die unter ihrer Zustimmung und Leitung dem Unternehmertum die Arbeitskraft für eine gewisse Zeit vorenthalten, und bewahren dadurch die im Kampfe stehenden Arbeiter vor dem Schicksal, wie der auf sich selbst gestellte, seine Arbeitskraft vorenthaltenende Arbeiter innerhalb kurzer Zeit mit der Hungerpeitsche in die Betriebe zurückgelagt zu werden. Durch die Zusammenfassung möglichst vieler Arbeitskräfte in den Organisationen und durch die Erziehung und Verpflichtung der Gewerkschaftsmitglieder zur Disziplin und Solidarität sehen sie außerdem dem Streben der Unternehmer, die Ausständigen durch andere Arbeiter zu ersetzen, einen widerstandsfähigen Damm entgegen. Natürlich müssen vor Beginn eines derartigen Ausstandes alle Umstände sorgfältig geprüft, die Geschäftslage gewissenhaft beobachtet und die Stärke der gegnerischen Stellung genau erwogen werden. Das blinde, törichte Draufloschlagen endet in den meisten Fällen mit einer Niederlage der Arbeiter. Nur durch kühle Ruhe und taktische Klugheit wird die Erfolgsmöglichkeit eines Ausstandes gesichert, der Unternehmer oder die Stadtverwaltung in eine Zwangslage versetzt, zum Nachgeben gezwungen und den Arbeitern der Sieg gewährleistet sein.

In Verbindung mit dem Kampfmittel des Ausstandes ist natürlich die Waffe der Sperrung der betroffenen Betriebe zu verwenden, die man, wenn sie sich über alle Betriebe eines Ortes erstreckt, auch als Blockade bezeichnet. Sie dient vor allen Dingen der Unterbindung des Zugangs von Arbeitskräften nach angrenzenden Betrieben. Selbstverständlich kann das Kampfmittel der Sperre auch unabhängig von dem des Streiks angewendet werden. Schon die Fernhaltung der gewöhnlichen Zuwanderung von Arbeitern nach einem Ort in Verbindung mit der Steigerung des Abzugs von Arbeitskräften vermag eine Lohnbewegung nachdrücklich zu unterstützen und die Zuflucht zum schärfsten Mittel, dem Streik, sehr häufig überflüssig zu machen. Ebenso kann die Aufrechterhaltung der Sperre nach einem ergebnislos verlaufenen Streik den angegriffenen Unternehmer in manchen Fällen noch in eine derartige Zwangslage versetzen, daß er sich zur nachträglichen Bewilligung der Forderungen der Streikenden oder eines Teils doch noch herbeilassen muß. Die erfolgreiche Anwendung des Kampfmittels der Sperre wird unterstützt durch die Pflege des Arbeitsnachweises, der die Beherrschung des Arbeitsmarktes und die Regulierung von Angebot und Nachfrage möglich macht, und durch das Auskunftsstystem, das den Arbeiter vor Antritt einer neuen Stellung zur Einholung von Auskunft über den im Frage kommenden Betrieb bei der betreffenden Ortsverwaltung seiner Gewerkschaft verpflichtet.

An Stelle der vollständigen Vorenthaltung der Arbeitskraft einer Anzahl Arbeiter gegenüber einem oder mehreren Unternehmern in Form des Streiks ist auch die haushalterische Vergabe der Arbeitskraft, die sogenannte *passive Resistenz*, schon mehrfach mit Erfolg als Kampfmittel der Gewerkschaften angewendet worden. Sie ist gleichbedeutend mit der Übertragung des für den Warenaustausch maßgebenden kapitalistischen Grundsatzes, für wenig Geld wenig oder schlechte Ware zu liefern, d. h. also den Wert der Ware mit der Höhe der Bezahlung in Einklang zu bringen, auf das Arbeitsverhältnis und mit der Befolgung dieses Grundsatzes beim Verkauf der Ware Arbeitskraft. Ist das Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Entlohnung zu stark, dann kann der Arbeiter dadurch, daß er seine Arbeitsleistung der Entlohnung anpaßt und für schlechten Lohn wenig oder schlechte Arbeit liefert, durch dieses Kampfmittel der passiven Resistenz einen gewissen Ausgleich schaffen und den Käufer der Ware Arbeitskraft schließlich auch ohne ihre völlige Vorenthaltung in Form des Streiks zu einer entsprechenden Steigerung des Kaufpreises veranlassen.

Zur Unterstützung und Erhöhung der Wirkungen dieser gewerkschaftlichen Kampfmittel wird in bestimmten Fällen auch die Unterbindung des Kaufs der Erzeugnisse angegriffener Betriebe, der Boykott, mit Erfolg angewandt. Natürlich ist die Handhabung dieser Waffe nur möglich, wenn sich für die Hebung ihrer Lage einwirkenden Arbeiter auf die große Masse der Arbeiterschaft stützen können, denn durch die Masse muß der Appell, bestimmte Erzeugnisse nicht zu kaufen, beherzigt und der Boykott der betreffenden Waren durchgeführt werden. In Amerika appellieren die Gewerkschaften einer ganzen Reihe von Berufen dauernd an die Konsumenten, Waren, die nicht unter den von der Gewerkschaft als Norm bezeichneten Arbeitsbedingungen hergestellt wurden, nicht zu kaufen. Zu diesem Zwecke werden die unter einwandfreien Verhältnissen hergestellten nicht boykottierten Waren durch die gewerkschaftlichen Kontrollmarken, die „Unionslabel“, kenntlich gemacht. Die mit dieser Kontrollmarke in Europa unternommenen Versuche haben zu nennenswerten Ergebnissen nicht geführt.

Der Streik, die Sperrung, die passive Resistenz und der Boykott sind die wesentlichsten, von den deutschen Gewerkschaften bei ihrem Wirken für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse angewandten Kampfmittel. Sie werden um so schneidiger geführt und um so erfolgreicher angewandt werden können, je größer der Prozentsatz der in einer Gewerkschaft vereinigten Arbeiter des Gewerbes ist, für das die Organisation wirkt, je besser die Kriegslagen der Gewerkschaften gestellt und je geschult die Gewerkschaftskämpfer selbst sind. Wenn wir ständig an der weitestgehenden Erfüllung dieser Voraussetzungen arbeiten, dann wird die Tätigkeit der Gewerkschaften wie bisher so auch in Zukunft fruchttragend für ihre Mitglieder und für die gesamte Arbeiterklasse sein.

### Die sozialpolitischen Leistungen der Stadt Marienburg.

Überall im Deutschen Reich haben es die städtischen Arbeiter in Verbindung mit den Arbeitervertretern in den Stadtparlamenten verstanden, eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Nur im äußersten Norden des Deutschen Reiches merken die Arbeiter bisher wenig von einem Fortschritt. Neben der noch geringen Zahl der organisierten Arbeiter haben auch die Stadtparlamente keine oder nur eine sehr geringe Zahl von Arbeitervertretern aufzuweisen.

Alles Reden von der Unfruchtbarkeit der sozialdemokratischen Vertreter kann dadurch am besten widerlegt werden, daß man die Herren auf die Fortschritte jener Kommunen hinweist, wo eine genügend große Zahl von Arbeitervertretern vorhanden ist, um die Bürgerlichen zu Zugeständnissen zu zwingen. Wo eine starke Arbeiterorganisation und somit auch Arbeitervertreter in den Stadtparlamenten fehlen, dort fehlt auch die treibende Kraft, die die Stadtverwaltungen zum Kulturfortschritt antreibt, und eine kulturwidrige Stagnation ist das Merkmal dieser Städte.

Ein solch rückständiges Gebilde ist auch die Stadt Marienburg. Dieser Ort mit den verwitterten Türmen, schlecht gepflegten Straßen, ungenügenden Schulen und einer vorinsultlichen Feuerwehrt ist das Wahrzeichen der Reaktion und Unkultur.

Daß in einer solchen Stadt mit den Merkmalen des Verfalls eine gesunde Politik in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter nur sehr schwer Eingang findet, ist jedem Kundigen erklärlich. Einen sehr schlechten Dienst erweist deshalb die Presse, die doch als Vertreterin der öffentlichen Meinung für den Kulturfortschritt kämpfen sollte, jenen Städten, wenn sie, wie

die „Rogat-Zeitung“ es getan hat, die Stadtverwaltungen gegen die Organisation der Gemeindegewerkschaften heßt. Es muß bei der Redaktion solcher Zeitung eine große Quantität Unverstand vorhanden sein, wenn sie die Unhaltbarkeit ihres Tuns nicht einsieht.

Einen unerschütterlichen Dienst erweisen diese Blätter aber der Kultur dennoch, denn sie zeigen jedem Freunde des gesunden Fortschritts, daß es seine Aufgabe sein muß, diesen Blättern den schärfsten Kampf anzulegen und ihn so lange zu führen, bis auch in die Zimmer dieser Redaktionen Licht und Luft den Moder verdrängt haben werden.

Lange Jahre hat es gedauert, bis auch in Marienburg die Arbeiter einsahen, daß vom Wohlwollen der Stadtväter kein städtischer Arbeiter satt wird. Sie schloßen sich in ihrer großen Mehrzahl unserem Verbands an. Doch hat dies nicht die freudige Anerkennung der Herren Vorgesetzten gefunden. Die Arbeiter wissen, daß sie nur ihr gesetzliches Recht ausüben, wenn sie sich organisieren, kümmern sich um die Ansichten der Herren nicht und blieben ruhig in der Organisation.

Anfang des Jahres berieten die Arbeiter in einer Versammlung die an die Verwaltung zu stellenden Forderungen und überreichten sie in einer Eingabe der Verwaltung. Lange Zeit blieb alles still. Die Arbeiter wurden schon unruhig und beabsichtigten, der Verwaltung eine Protestresolution gegen die weitere Verschleppung der gestellten Forderungen zu unterbreiten. Die Verwaltung scheint davon Wind bekommen zu haben, und so kriegten die Arbeiter zwar keine schriftliche Antwort auf ihre Eingabe — soweit reicht die Haltung der Verwaltung für die städtischen Arbeiter nicht —, man ließ ihnen aber durch den Mund des Stadtdirektors wissen, daß ihre Forderungen abgelehnt seien, weil sie zu viel Kosten verursachen würden, und die Stadt habe kein Geld.

Was sich in der Zeit hinter den Kulissen abgespielt hat, das mögen die Götter wissen; das eine steht aber fest, daß die Arbeiter leer ausgehen mußten. Hierbei muß derjenige Herr, der die Berechnung der Ausgaben zur Erfüllung der gestellten Forderung der Arbeiter zu erledigen hatte, sehr weit über Ziel geschossen haben, denn die Summen, die man aufmarschieren ließ, waren stark übertrieben. Sie sind wohl auch nur zu dem Zweck angeführt worden, um die Undurchführbarkeit der Forderungen zu beweisen, und sie haben auch das gewünschte Resultat gehabt. Glauben denn die Herren, daß durch eine Ablehnung der Forderungen die Sache erledigt sei? Wenn sie daran glauben, so irren sie sich. Und die „Rogatzeitung“ kann unter Umständen recht haben, daß es auch in Marienburg einmal dazu kommen kann, daß die Arbeiter die Arbeit einstellen. Aber nicht, wie das Blättchen in seiner Beschränktheit glaubt, weil die Arbeiter organisiert sind, sondern weil die Stadtverwaltung so sehr rückständig ist, daß sie jede noch so berechtigte Forderung der Arbeiter ablehnt. Der Gehalt dieses Blättchens mag auch ein Teil dazu beigetragen haben. Wie notwendig eine fundamentale Änderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, wollen wir an ein paar Beispielen beweisen: Eine wirklich geordnete Arbeitszeit existiert überhaupt nicht. Da nun die Arbeit eine schwere ist, so kommt es oft vor, daß die Leute krank werden oder aus dem Grunde, daß sie die unmenschliche Arbeit nicht mehr leisten können, am anderen Tage nicht mehr zur Arbeit erscheinen. In solchen Fällen haben dann die Arbeiter die Arbeit des Fehlenden mitzumachen. Was das bedeutet, kann sich nur derjenige Mensch vorstellen, der die ungeheuerliche Ausbeutung der Arbeitskraft der städtischen Arbeiter mitangesehen hat. Aus diesem Grunde ist auch leicht erklärlich, daß die Fälle von Erkrankungen sich ständig mehren. Wird ein Arbeiter in kurzer Zeit wiederholt krank, so wird er entlassen. Mag er dann sehen, wie er mit seinem durch unmenschliche Arbeitsleistung sich gewordenen Körper sich und die Familie ernährt. Begreiflich ist es dann, daß die Arbeiter so schnell wie möglich dieser Hölle zu entkommen versuchen. Um nun Arbeiter an diese Knochenmühle zu fesseln, ist die Verwaltung auf die Idee gekommen, die Leute durch folgende Stride an den Betrieb zu fesseln: Vor einem Jahr sollten alle Arbeiter 2 Pf. Zulage pro Stunde bekommen. Man gab ihnen aber nur einen. Der andere Pfennig sollte am Schluss des Jahres als „Weihnachtprämie“ an die Arbeiter zur Auszahlung gelangen. Es hätte demnach ein jeder Arbeiter zu Weihnachten 43,80 M. erhalten müssen. (Die allermeisten Arbeiter müssen alle Tage im Jahre arbeiten.) Die Verwaltung hat aber die Prämien so bemessen, daß sie dabei noch ein gutes Geschäft macht. Die niedrigste Prämie beträgt nur 10 M., die höchste Prämie ist erst nach fünfjähriger Tätigkeit zu erreichen und beträgt 35 M. Dieser Art der Lohninbehaltung genügt den Herren nicht, und so gaben sie den Leuten je zwei Weete Land vom städtischen Acker. Dieses Land können nun



die Arbeiter durch ihre Frauen bearbeiten lassen und säen und pflanzen darauf, was sie wollen, aber ernten dürfen sie nur dann, wenn sie nicht entlassen werden oder nicht selbst kündigen! Andernfalls müssen sie die gepflanzten Früchte der armen Stadt Marienburg überlassen. Wo bleibt nun die Behörde, die gegen diesen Terror einschreitet? Durch solch schäbige Mittel sollen die Arbeiter gezwungen werden, ihr einziges Gut, die Arbeitskraft, der Stadt zur Ausbeutung zur Verfügung zu stellen, und wenn sie durch unmenschliche Anstrengung in kurzer Zeit arbeitsunfähig werden, dann mögen sie sehen, wo sie bleiben. Das ist Marienburger Sozialpolitik!

## Versammlungsstatistik und Versammlungsreform.

Auf die Notwendigkeit und den Nutzen unserer Versammlungen haben wir schon recht oft hingewiesen. Die Versammlungen sind nötig, um sich über die allgemeine Lage im Beruf zu unterhalten und die Mißstände zu besprechen, die sich im örtlichen Arbeitsverhältnis bemerkbar machen, und deren Abstellung zu beraten. Die notwendigen Schritte bei einer Lohnbewegung müssen gleichfalls in den Versammlungen eingehend erörtert werden, außerdem alle örtlichen Maßnahmen zum Zwecke der weiteren Ausbreitung der Organisation. Weiter sollen die Versammlungen den Teilnehmern allgemeine Aufklärung bringen, ihr Wissen bereichern und ihre Denkfähigkeit anspornen. Dies geschieht durch Abhaltung von Vorträgen vornehmlich über wirtschaftliche Probleme.

Gerade das letztere ist ein überaus wichtiger Faktor zur geistigen Fortbildung der Arbeiter. Jeder gute Vortrag bildet weiter und gibt den Zuhörern geistige Anregung. Sie lernen immer mehr die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen und werden auf diese Weise von der eisernen Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung fester und fester überzeugt. Den in den Versammlungen gehaltenen Vorträgen verdanken wir zum großen Teile unsere gewerkschaftlichen Erfolge. Daselbe trifft auch auf politischem Gebiete zu.

Wenn wir nun an dieser Stelle auf die Nützlichkeit und Wichtigkeit guter Vorträge hinweisen, so geschieht dies vor allem deshalb, um auch dazugut, welche Fehler oftmals in Versammlungen unterlaufen, die geeignet sind, die nachhaltige Wirkung eines guten, anregenden Vortrags abzuschwächen, ja manchmal sogar veranlassen, daß ein solcher Vortrag einfach wirkungslos verpufft. Wir beobachten oft, daß einem guten Referate eine Diskussion folgt, die in ihrem Wertinhalt zum Vortrag in gar keinem Verhältnis steht. Der Vortragende hat ein wichtiges Problem ausgiebig behandelt und eine gute Wirkung auf die Zuhörer ausgeübt und nun folgt eine an der Oberfläche plätschernde Diskussion, die rund und nett geeignet ist, die Wirkung des Vortrages erheblich abzuschwächen und oftmals sogar die Zuhörer zu langweilen.

Es gibt eben Gewerkschaftsangelegenheiten, die der Meinung sind, zu allem etwas sagen zu müssen. Eine Versammlung hat für sie wenig Wert, wenn sie in ihr nicht auch das Wort ergreifen können. Das könnte noch hingehen, wenn sie wirklich Inhaltreiches und Wichtiges sagten, in diesem Falle wäre es sogar notwendig, daß sie ihr besseres Wissen auf die Zuhörer übertragen. Aber zumeist ist das gar nicht der Fall. Es handelt sich leider viel zu oft nur um einige gespreizte Schwärmereien, die gar nicht einmal den Vorzug der Neuheit haben. Die Folge ist, daß sich die Zuhörer zu langweilen beginnen, weil ihnen der Redner keine Anregung bietet, das Interesse schwindet, und das schlimmste: Der gute Eindruck des vom Referenten gehaltenen Vortrages verbleibt und bleibt vielen nur noch mangelhaft in der Erinnerung haften.

Es kann deshalb gar nicht ernst genug ermahnt werden, daß nur der in einer Diskussion etwas sagen soll, der auch wirklich etwas weiß und außerdem in der Lage ist, in wenig störender Form seinen Gedankengang auf die Zuhörer zu übertragen. Wo das nicht der Fall ist, da schweige man lieber. Das ist für das gebotene Referat vorteilhafter und damit auch für die Zuhörer erspriehlicher. Auf alle Fälle ist es besser, einem guten Vortrage gar keine Diskussion folgen zu lassen, als eine leichte, oberflächliche Schwärmerei, die nur schadet und absolut keinen Nutzen stiftet.

Aber noch auf etwas anderes sei an dieser Stelle hingewiesen. In unserem Gewerkschaftsleben kommt es natürlicherweise vielfach vor, daß wir uns unsere Vorträge von unseren eigenen Verbandsfunktionären halten lassen. Damit tritt der Fall ein, daß der Referent ein Kollege ist, der einer Anzahl der

Versammlungsleiter von vornherein persönlich bekannt ist, oft in gutem, manchmal aber auch in wenig sympathischem Sinne. In letzterem Falle allerdings zumeist ungerechtfertigterweise, denn der Funktionär, der in der Gewerkschaft auf exponiertem Posten steht, wird trotz strenger Sachlichkeit und anerkannter Tüchtigkeit nie in der Lage sein, es allen Mitgliedern recht zu machen. Dafür sorgt schon der querulante Geist, der manchen unserer Kollegen als angeborenes Leiden innewohnt, den zu bannen auch der Kollege nicht die geistige Stärke besitzt, und der immer wieder bei dieser oder jener Maßnahme des Verbandes zum Durchbruch kommt, zum Schaden der Mitglieder.

Solche querulierenden Geister, die oftmals den Schrecken der Versammlungen bilden und mit ihrer umfassenden „Kritik“ nie hinter dem Berge halten, auch dort, wo es nach Ansicht aller Vernünftigen nichts zu kritisieren gibt, erwarten oftmals mit gerabegter rührender Sehnsucht die Ankunft des Referenten. Sie haben ja schon so lange etwas in petto für ihn und seine „ungerechte“ Handlungsweise bereits nach jeder Richtung hin im Ortsverein erörtert. Nun kommt der Referent, hält ein ebenso gutes wie zündendes Referat, das allerdings nicht auf den querulierenden Geist, aber sonst auf alle Zuhörer einen guten Eindruck macht.

Den guten Freund hat nämlich das Referat gar nicht interessiert. Vielmehr hat er während des Vortrages nur aufmerksam darüber nachgedacht, in welcher imponierenden Form er wohl am besten seine Monita gegen den Redner vorbringen könne. Jetzt ist der Vortrag zu Ende und die Diskussion wird eröffnet. Wie elektrifiziert springt unser Freund auf, meldet sich zum Wort und verdrängt seine Ausführungen in mehr oder weniger geschickter Form mit dem besagten Monitum, das schließlich den „Stern“ seiner Ausführungen bildet. In der Versammlung entsteht Unruhe und es bedarf nunmehr der ganzen Umsicht und Tatkraft des Vorsitzenden und des Referenten, um die Diskussion wieder in das Bahngewässer strenger Sachlichkeit zu leiten. Oftmals ist das gar nicht mehr in befriedigender Weise möglich, denn der querulierende Geist hat zumeist auch einige „Parteisänger“, die bemüht sind, den von ihm gesponnenen Faden weiter zu entwickeln. Dann ergibt sich ein Hin und Her im Meinungsaustausch, der Referent hat zwar die Genugtuung, seinem Freunde ordentlich heimgzuleuchten, jedoch der gute Eindruck seines Referats ist verwischt, zum Teil aus dem Gedächtnis der Zuhörer verschwunden, und viele gehen unbefriedigt nach Hause.

So kommt es, daß manche unserer Agitationsversammlungen in ihrem Wert eine bedeutende Einbuße erleiden. Abhilfe ist nötig und auch möglich. Wo nicht die Kräfte vorhanden sind, die das Zeug dazu haben, eine gute und anregende Diskussion zu entfachen, da vermeide man die Debatte und beschränke sich auf Fragen, die der Referent dann in zufriedenstellender Weise beantworten wird. Und wenn in Agitationsversammlungen die gebotenen Rörgier ihr Sprüchlein unbedingt in die Wagtschale werfen wollen, da mag der Versammlungsleiter, der ja seine Pappenheimer zur Genüge kennt, bei der geringsten Abweichung vom sachlichen Pfade eingreifen und den querulierenden Geist energisch und bestimmt zur Erde rufen.

Auf diese Weise wird es stets möglich sein, unsere Versammlungen in würdiger und nützlicher Weise zum Abschluß zu bringen. Sie sollen den eingangs dieses Artikels erwähnten guten Zwecken dienen und nicht der Befriedigung persönlicher Eitelkeit oder um geborenen Rörglern Gelegenheit zu geben, sich auszuleben. Darum hinweg mit solchen unschönen und schädigenden Dingen! Wir haben höhere Ziele vor uns und dabei bedarf es der sachlichen und freudigen Mitarbeit aller! Und wenn mancher unserer Kollegen aus dem hier Niedergeschriebenen eine gute Lehre zieht und nunmehr sein künftiges Verhalten gründlich revidiert, so sollte uns das freuen. Es handelt sich um das Wohl und Weitergedeihen unserer Organisation!

Zur Frage der Versammlungsreform finden wir übrigens in Nr. 19 des „Correspondenzblatt“ von E. Rehlisch einige Vorschläge, die gleichfalls dringende Beachtung verdienen. Es handelt sich um Verbilligung und Verbesserung durch folgende Einrichtungen:

1. Für Versammlungen ist der Ausschluß jeglichen Ausschanks zu fordern. Etwaige Verbote des Ausschanks alkoholischer Getränke sind auch auf die alkoholfreien auszudehnen.
2. Die Versammlungsleitung oder der Vortragsleiter haben für die Bereitstellung gesunder und einwandfreier Trinkwassers in genügender Menge zu sorgen.
3. Die Lokalinhaber werden durch angemessene Lokalpreise entschädigt.



4. Die Aufbringung der Unkosten geschieht wie folgt: a) für Mitgliederversammlungen: durch die Lokalkasse oder durch den Lokalfonds, der aus Beiträgen aller Mitglieder gebildet wird; b) für öffentliche Versammlungen: durch ein die Unkosten deckendes Eintrittsgeld.

5. Wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, finden die Versammlungen sofort nach Beendigung der Arbeitszeit statt. Sie sollen pünktlich beginnen und nicht länger als 2½ Stunden dauern.

6. Auf Sitzungen finden diese Grundsätze sinngemäß Anwendung; etwaige Entschädigungen fallen insoweit fort.

Wenn freilich der Verfasser meint, die Gemeinden sollten uns ihre Versammlungslokalitäten unentgeltlich zur Verfügung stellen, so sind wir gewiß nicht gegen diese Forderung, erwarten aber von unseren Stadtverwaltungen wenig Entgegenkommen. Zwar könnten besonders die Gemeindeschulen, die am Spätnachmittag und Abend in der Regel ganz unbenutzt leer stehen, vorzüglich als Versammlungslokal dienen, aber unseren „liberalen“ Gemeinden fällt schon das Herz in die Hose, wenn sie für eine freireligiöse Gemeinde oder Arbeiter-Bildungsschule, Jugendorganisation usw. die Schulen bewilligen sollen. Man fürchtet schon hier den Miffel und Weiterungen von oben und bei den gewerkschaftlichen Versammlungen würde man erst recht die Gemeinde in Gefahr sehen. So wird nichts anderes übrig bleiben, als den gleichen Weg einzuschlagen, wie ihn seit Jahren die Berliner Arbeiter-Bildungsschule mit bestem Erfolge, sowie in neuerer Zeit die Jugendorganisationen einschlagen: Mieten von passenden Räumen, die völlig vom Ausschank befreit sind. Die Jugend- und Bildungsbestrebungen der Arbeiter sind ohnehin noch recht unzulänglich. Wird durch geeignete Räume die Vorbedingung zur weiteren Entwicklung an vielen Stellen der Großstädte geboten (wie z. B. die Arbeiterheime in Wien), so lassen sich diese Räume auch sehr gut für Gewerkschafts- und Parteiversammlungen nutzbar machen, besonders aber für erstere, soweit sie unmittelbar im Anschluß an die Arbeitszeit abgehalten werden.

Es muß ferner Aufgabe der Gewerkschaftshäuser sein, mit mäßigen Mietsfähen ohne Trinkzwang die ersten Möglichkeiten zu schaffen, wenigstens der Versuch in Berlin nicht gerade ermutigend ist. Sind aber die ersten Zweifel an der Zweckmäßigkeit einmal von einem erheblichen Teil der Arbeiterschaft überwunden, so wird man gewiß nie wieder zu den heutigen ungesunden und ungewöhnlichen Zuständen zurückkehren.

## Zwang und Freiheit.

### I.

Das Geschrei und Gezeter der Scharmacher und Scharmacher-Genossen über den Terrorismus der Gewerkschaften bildet eine stehende Rubrik in den Spalten der kapitalistischen Presse. Wenn man diesen Leuten glauben darf, so üben die modernen Arbeiterorganisationen eine Schreckensherrschaft aus, die an die schlimmsten Zeiten der Barbarei erinnert, und dem bleibenden Spießbürger, der für die faßsam bekannte liberale Freiheit schwärmt, wie ein Bockfisch für einen Helldenkter, läuft eine Gänsehaut über den Rücken, wenn er daran denkt, wie die unorganisierten Arbeiter von ihren organisierten Kollegen gefürchtet werden. Keulich erhob wieder ein freisinniger Abgeordneter im Reichstage seine warnende Stimme und erklärte in würdevollem Tone, daß es die Aufgabe des Bürgertums sei, die Freiheit der Arbeiter gegen den Zwang der Gewerkschaften zu schützen.

Wertwürdig ist es denn doch: dieselben Freiheitshelden, die jede freie Meinungsäußerung und jede politische Betätigung, die ihnen nicht in den Kram paßt, mit den brutalsten Mitteln unterdrücken, dieselben Leute, die vor dem rücksichtslosesten Terrorismus nicht zurückschrecken, wenn es gilt, ihre nackten Geldbeutelinteressen zu verteidigen, diese selben Leute vergießen Axtodolstränen über das Bemühen der Klassenbewußten Proletarier, ihre rücksichtsigen Arbeitsbrüder über die Schäden der Organisationslosigkeit aufzuklären und sie an ihre Koalitionspflicht zu erinnern. Selbstverständlich ist die ständige Entrüstung der Scharmacher lediglich Schwindel und blauer Dunst, denn gerade in den Reihen der Unternehmer herrscht ein Organisationszwang, gegen den der gewerkschaftliche Zwang das reine Kinderpiel ist. Wir erinnern nur an einen Aufruf, den der Verein deutscher Spritfabrikanten erlassen hat, worin Anweisung erteilt wurde, wie man mit den Außenseitern verfahren müsse, die sich dem Spiritusring nicht anschließen wollten. Der Aufruf gipfelte in dem Satz, den wir wortwörtlich anführen: „Ein Außen-

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

### I. Ausbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Zehn Jahre sind nunmehr verflossen, seitdem die Generalkommission damit begonnen hat, alljährlich eine allgemeine Uebersicht über den Umfang und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften zu geben. Ein Vergleich der ersten Statistik mit den Biffen der des Jahres 1910 führt in recht wirksamer Weise die kraftvolle Entwicklung der Kartelle während des verflossenen Jahrzehntes vor Augen. Es vermehrten sich die Kartelle um 321, die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften stieg um 4888 und die der Mitglieder von 418 718 auf 1 802 752. Die Tätigkeit der Kartelle hat von Jahr zu Jahr eine ständige Erweiterung erfahren. Auf dem Gebiete der Agitation und der Bildungsbestrebungen sowohl wie in bezug auf die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben ist eine immense, fruchtbare Arbeit geleistet worden. So haben sich die Kartelle durch ihre eifrige Pionierarbeit eine ehrenhafte Stellung innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung errungen und damit nach besten Kräften zu deren machtvollerem Aufstieg beigetragen.

Am Schlusse des Jahres 1910 betrug die Zahl der Kartelle 684 (1900: 654), gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung von 30 Kartellen eingetreten. An der Berichterstattung beteiligten sich 656 Kartelle gleich 95,91 Proz. der Gesamtzahl.

Den 656 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8883 Gewerkschaften angeschlossen, die insgesamt 1 802 752 Mitglieder zählen. Darunter befinden sich 8852 Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden mit 1 884 774 Mitgliedern. Im Jahre 1900 wurden 8520 Zweigvereine mit zusammen 1 812 440 Mitgliedern gezählt. Es hat sich die Zahl der Zweigvereine um 32 und die der Mitglieder um 272 325 vermehrt. Die Kartellstatistik umfaßt selbstverständlich nicht alle Zweigvereine und Mitglieder der Zentralverbände. 300 Zweigvereine waren den Kartellen im Jahre 1910 nicht angeschlossen; auch befinden sich Mitglieder an solchen Orten, wo Kartelle noch nicht bestehen. Das Zahlenverhältnis der Kartellstatistik läßt jedoch bereits den sicheren Schluß zu, daß die Zentralverbände am Ende des Jahres 1910 einen Mitgliederbestand von zwei Millionen erreicht haben.

Außer den Zweigvereinen derjenigen Zentralverbände, welche der Generalkommission angeschlossen sind, gehören den Kartellen noch an: 27 Zweigvereine des Verbandes der süddeutschen Eisenbahner mit zusammen 7637 Mitgliedern; drei Zweigvereine des Verbandes der technischen Bühnenarbeiter mit 297 Mitgliedern und ein dem Geraer Kartell angeschlossener Zweigverein des Verbandes der Zeichner mit 44 Mitgliedern. Es sind dann den Kartellen noch weiterhin angeschlossen: Der Verband der freien Gastwirte mit 20 Zweigvereinen und 443 Mitgliedern und der Verband der Hausangestellten

stehender wird mitsamt seinen Abnehmern ge-  
hebt werden wie ein Stück Bild, denn Gnade  
kennen wir nicht. Für uns gilt die Parole, daß  
sich ein jeder Kollege mit uns in Reih und Glied  
stellen muß oder er wird als Feind behandelt und  
zugrunde gerichtet! Dieser Verein besteht aus Männern  
der ersten Gesellschaftskreise, in seinem Vorstande sitzen Ritterguts-  
besitzer, Grafen, Professoren und Regierungsräte. Haben diese Ter-  
roristen eigentlich gar keine Angst vor dem Staatsanwalt? Wie  
würde es wohl dem Vorstand einer Gewerkschaft ergehen, der einen  
derartigen Terrorismus erliehe? Aber die erlauchten und gelehrten  
Terroristen können beruhigt sein, niemand wird ihnen ein Haar  
krümmen, denn die Göttin der kapitalistischen Gerechtigkeit drückt  
bei solchen Gelegenheiten beide Augen zu und befolgt den Grund-  
satz des alten römischen Rechtsverbrechers: „Wenn zwei dasselbe tun,  
so ist es noch lange nicht dasselbe!“ Auch das Judentum übt  
einen Terrorismus aus gegen die Leute, die gegen den konservativen  
Etachel anläden und vor dem Bunde der Landwirte kein Rotas  
machen, der Staat terrorisiert seine Beamten, die eine freihetliche  
Bestimmung an den Tag legen, der Militärismus spielt sich als  
schlimmer Terrorist auf, indem er Wirte und andere Geschäftsleute  
boykottiert und selbst die christlichen Kirchen schwingen mit rüd-  
sichtslosestem Terrorismus die Hungerpeitsche über den Köpfen der  
katholischen und evangelischen Modernisten. Also überall Ter-  
rorismus, nur mit dem Unterschiede, daß man diesen Terroris-  
mus mit dem Mantel der Liebe deckt, während man über den gewert-  
schaftlichen Terrorismus Zeter und Mordio schreit.

Auf den Vorwurf, daß die Arbeiterorganisationen durch Zwangs-  
mittel das freie Bestimmungsrecht der unorganisierten zu beschränken  
suchen, wird gewöhnlich die Antwort gegeben, daß die Gegner der  
Arbeiterbewegung einen viel schlimmeren Terrorismus ausüben;  
es werden zahlreiche Terrorismusfälle aufgezählt und damit hält  
man die Sache für erledigt. Dieser Standpunkt erweist sich bei  
näherer Betrachtung als falsch, denn es ist aus moralischen Gründen  
verfehlt, eine Beschuldigung dadurch zu widerlegen, daß man dem



und Dienstboten mit 20 Zweigvereinen und 4758 Mitgliedern. Beider beiden Verbände verfolgen zwar wirtschaftliche Ziele, können jedoch nicht als Gewerkschaften bezeichnet werden. Der Verband der freien Gastwirte besteht aus selbständigen Gewerbetreibenden. Er steht in freundschaftlichen Beziehungen zu den freien Gewerkschaften, woraus sich der Anschluß einer Anzahl seiner Zweigvereine an die Kartelle erklärt. Der Verband der Hausangestellten erstrebt die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder, nimmt jedoch gegenüber den Gewerkschaften wegen des ihm leider durch die Gesetzgebung versagten Koalitionsrechts eine Ausnahmestellung ein.

Die Vermehrung des Kartellbestandes ist durchweg auf das Hinzukommen kleinerer Orte zurückzuführen. Mehr als 25 000 Mitglieder haben die Kartelle: Berlin (204 514), Bremen (28 395), Breslau (28 334), Chemnitz (31 628), Dresden (76 904), Frankfurt a. M. (37 575), Hamburg (113 973), Hannover (36 636), Leipzig (66 121), Magdeburg (25 810), München (61 443), Nürnberg (49 780), Stuttgart (35 366). Diese 13 Kartelle haben zusammen gegen 1909 um 123 423 Mitglieder zugenommen.

## • Aus Politik und Volkswirtschaft •

### Vom Reichstag.

Berlin, 20. Mai 1911.

Schneller als man gedacht, ist die zweite, die Hauptberatung über den umfangreichen Entwurf der neuen Reichsverfassung, so rdnung dem Ende nahegebracht worden. Von den circa 1750 Paragraphen hatten nur noch 220 der Erledigung. Wenn nicht alle Paragraphen trügen, werden sie am Montag, den 22. Mai, in 2 Stunden durchberaten sein. Nicht viel mehr als 2 Wochen haben ausgereicht, das ganze große Werk unter Dach zu bringen!

Dah dies möglich wurde, ist freilich nur einer höchstigen Entschlossenheit der bürgerlichen Parteien zu verdanken. Ihre Vertreter in der Kommission hatten die Vorlage der Regierung nach ihren Wünschen und Vorteilen, nicht nach dem Willen und Interesse der Arbeiterklasse, gänzlich umgestaltet, hundertfältig verschlechtert. Alsdann schloßen sie, wie jetzt bekannt geworden ist, eine Pakt: sie verpflichteten sich mit Ehrenwort und Schwüren, bei der Beratung im Plenum an dem so gestalteten Entwurf in keinem Punkte von den Sozialdemokraten rütteln zu lassen, keine Veränderung zuzugestehen. Wie sie das fertiggebracht, habe ich in der vorigen Nummer dieses Blattes kurz geschildert. Die Taktik, die sie am Ende der vorigen Woche eingeschlagen hatten, haben sie in dieser Woche unverändert eingehalten: mit einer unendlichen Geringschätzung haben sie sich auch weiter in undurchdringliches Schweigen

andern eine noch schwerere Beschuldigung entgegenschleudert. Ein Mensch, dem ein Diebstahl vorgeworfen wird, kann sich bekanntlich nicht dadurch vom Vorwurf reinwaschen, daß er andere Leute beschuldigt, sie hätten viel mehr und viel häufiger gestohlen als er. Ebenfalls nicht läßt sich der Vorwurf des Gewerkschaftsterrorismus durch den Vorwurf des Unternehmerterrorismus beiseite schieben, ganz abgesehen davon, daß die Arbeiterklasse den Vorwurf in sich trägt, eine höhere Moral zu erstreben und zu vertreten, als die kapitalistische. Während letztere unter dem Deckmantel der Freiheit eine Knechtung der großen Masse des Volkes durchführt, will erstere durch Anwendung eines moralischen Zwanges die Menschheit zur wahren Freiheit reif machen. Daher dürfte es unsere Leser interessieren, einmal die kapitalistische Freiheit und den gewerkschaftlichen Zwang nach moralischen Gesichtspunkten gegeneinander abzuwägen.

Uns modernen Menschen, die wir den mittelalterlichen Zwang abgestreift haben, ist die Auffassung in Fleisch und Blut übergegangen, daß die persönliche Freiheit, die Souveränität des Individuums, die edelste Blüte neuzeitlicher Kultur und die Grundlage des öffentlichen und privaten Lebens sei. Diese Auffassung ist durch die Propaganda des Liberalismus und die Phrasen des Kapitalismus in die Köpfe der Menschen hineingepaukt worden und sie hat durch die Werke unserer klassischen Dichter und Denker Unterstützung gefunden. Die Freiheit auf allen Gebieten sollte als die Signatur unseres Zeitalters gelten: Wahlfreiheit, Redefreiheit, Religionsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Gewerbefreiheit, Handelsfreiheit, Vertragsfreiheit, kurz und gut Bewegungsfreiheit nach allen Richtungen hin. Jeder Zwang wurde als ein unberechtigter Eingriff in die Freiheit des Einzelmenschen empfunden und darum rundweg abgelehnt.

Diese Anschauung, die einen Rückschlag bildet gegen die Gebundenheit des Mittelalters, machte allmählich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine Umwandlung durch. Weil die Menschheit am eigenen Leibe verspürte, wohin sie durch die schrankenlose Freiheit gekommen war, unterzog sie den

gehülft, nur bei den allerbedeutendsten Paragraphen und den wichtigsten Angriffen der Sozialdemokraten kurz und hochmütig das Wort genommen und im übrigen die sozialdemokratischen Abgeordneten reden lassen. Die ganzen langen Beratungen der letzten Woche sind fast ausschließlich durch das Auftreten sozialdemokratischer Redner bestritten worden. So glänzend auch einer von ihnen die Verbesserungsanträge seiner Partei begründen mochte, sofort nachdem er geendet, trat man ohne Federlesen in die Abstimmung ein. Immer und immer wieder ertönten vom Präsidententisch die einsönigen Worte: „Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt ein (sozialdemokratischer) Antrag von Albrecht u. Gen. vor. Wer für ihn ist, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. Die Minderheit steht, der Antrag ist abgelehnt.“ So ging es in jeder Stunde duzendmal. Und so sind alle die Hunderte von Verbesserungsanträgen, die die Sozialdemokraten in mühsamer Arbeit formuliert und gestellt haben, allein im Interesse der deutschen arbeitenden Massen gestellt haben, rücksichtslos niedergestimmt worden. Nur 2 oder 3 von den vielen, die aber nur ganz nebensächliche Bedeutung haben, sind mit spöttischem Lächeln angenommen worden, gleichsam als Schmeichelei. Und Trübsal für die Arbeit, die sich die Sozialdemokratie gemacht. Und die christlichen Arbeitersekretäre, die im katholischen Zentrum und bei der antisemitischen Wirtschaftlichen Vereinigung sitzen, die Giesberts, Behrens, Schirmer und Fleischer, haben mit den Feinden der Arbeiterschaft gegen deren Vertreter und Verteidiger gestimmt!

Auf diese Weise ist es geschehen, daß nun die Krankenkassen in Orts-, Betriebs-, Innungs-, Berg- und Landkrankenkassen zerfällt und damit viel weniger leistungsfähig bleiben, als sie es wären, wenn, wie es allein sich gehörte, alle in mächtige Bezirkskrankenkassen vereinigt wären. In den Ortskrankenkassen haben die Versicherten, die Arbeiter, auch in Zukunft ¼ der Beiträge zu zahlen, aber ihr Wahlrecht ist ihnen so sehr geschmälert worden, daß sie gegen den Willen der Arbeitgeber, die doch nur ¼ der Beiträge zahlen, überhaupt nichts mehr beschließen können. Das heißt, sie sind bei der Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten entrecht, zur Ohnmacht verdammt, obwohl sie nach wie vor die Mehrheit der Kosten aufbringen müssen! Als künftige Beamte der Krankenkassen sind auf diese Weise Offiziere a. D. und Militärärzte vorgelesen! Die landwirtschaftlichen Kassen sind ganz in den Händen des Landrats, der auch die Arbeitervertreter im Vorstand der Kassen ernannt. Jeder Schwangeren- und Säuglingsunterstützung wird gezahlt, nur, wie bisher, Wochenbeihilfe. In der Unfallversicherung bleibt es bei dem niedrigen Zweidrittelmaßstab vom ortsüblichen Tagelohn für die Festsetzung der Rente. Die Erlangung der Unfallrente ist eher erschwert als erleichtert, die Beschwerde-möglichkeit des allzu niedrig Bedachten ist noch mehr als bisher beschnitten. Im besonderen ist den ländlichen Berufsangehörigen die größte Bewegungsfreiheit gegenüber den Arbeitern wie

Freiheitsbegriff einer Nachprüfung, wobei sie dann erkannte, daß die kapitalistische Freiheit zu einer Raubtierfreiheit ausgeartet war, die als notwendiges Gegengewicht eine Einschränkung forderte. Man fühlte instinktiv, daß das Prinzip der Freiheit ergänzt werden müsse durch die Organisation, durch die Bindung der verschiedenen individuellen Willensrichtungen zu einem starken Kollektivwillen. Jetzt kam auch der einstmalige so verurteilte Zwang wieder zu Ehren.

Zunächst stellte der moderne Staat den Grundsatz auf, daß er das Recht habe, durch Zwangsmassregeln in das Zusammenleben und Zusammenwirken seiner Bürger einzugreifen; er erliehe Bestimmungen, die das Recht und die Freiheit des einen abgrenzen sollten gegen die Rechte und die Freiheiten der andern. Das Gemeinwohl und das Allgemeininteresse waren die Dämme, an denen sich die Willensströmungen des Einzelnen brachen; wo höhere Interessen in Frage kamen, mußte die Freiheit des Individuums dem Zwange des Staates weichen. So entstand die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Regelung des Wohnungswesens, die staatliche Fürsorge für alle öffentlichen Bedürfnisse, so wurde der Schulzwang eingeführt, der als ein treffendes Beispiel eines moralischen Zwanges aufgezeigt werden kann. Gleichzeitig empfanden auch die fortgeschrittenen Arbeiter die Notwendigkeit einer Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Organisationen, indem sie sich gegenseitig zwangen, in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse Rücksicht zu üben und das private Interesse mit dem Interesse der Kollegen in ein richtiges Verhältnis zu bringen. Zögernd und gleichsam widerwillig folgten auch die Unternehmer nach, sie warfen das Prinzip der freien Konkurrenz über Bord und beugten sich unter dem Zwange ihrer Kartelle und Syndikate, sie verzichteten auf die Vertragsfreiheit und ersetzten den freien Arbeitsvertrag durch den Kollektivvertrag und das Tarif-messen. So bricht sich allüberall die Ueberzeugung Bahn, daß Zwang und Freiheit sich nicht ausschließen, sondern daß sie sich gegenseitig ergänzen müssen.



den Behörden gewährt; jene sind in der Billigkeit ihrer Maßnahmen fast allmächtig gemacht. Die Altersgrenze für die Altersversicherung bleibt trotz heftigster Kämpfe auf 70 Jahre festgelegt, auch in dieser Beziehung ist der dringlichste und so bescheidene Wunsch der Arbeiter, die Grenze auf 65 Jahre herabzusetzen, völlig ignoriert worden. Die Witwen- und Rentenversicherung ist zu einer lächerlichen Komödie herabgewürdigt worden. Wer noch nicht zehn Jahre Renten gelebt hat und in dieser Zeit stirbt, dessen Witwe und Kinder erhalten überhaupt nichts. Wer zehn Jahre gelebt und stirbt, dessen Witwe erhält, vorausgesetzt, daß sie arbeitsunfähig ist, täglich 20 Pf. Hat er ein Kind hinterlassen, so erhält dieses noch täglich 10 Pf., zwei je 9, drei je 8, vier je 7 Pf. und so fort: je mehr Kinder also, je größer demnach die Not, desto weniger Unterstützung wird gezahlt. Eine famose Versicherung, die nicht einmal so viel bietet, wie jetzt die Armenversorgung!

Und mit dieser Versicherungsordnung und ihren Wohltaten hoffen die bürgerlichen Parteien bei den nächsten Wahlen Arbeitermassen genau so zu tödnen, wie es ihnen 1906 leider durch den Gottentötentum gelang. Sorgen wir alle dafür, daß sie ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben!

### Gesellschaftswesen.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1910. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine vermag wiederum auf ein sehr gutes Geschäftsjahr zurückzublicken, ihr Umsatz belief sich auf rund 80 Millionen Mark, ihr Reingewinn auf rund 1 Million Mark. Der diesjährige Geschäftsbericht ist insofern besonders interessant, als er zum ersten Male über Eigenproduktion in größerem Maßstabe berichten kann. Während die Großeinkaufsgesellschaft bisher nur eine Kaffeerösterei betrieb, hat sie am 1. Januar 1910 die Tabakarbeitergenossenschaft mit ihren drei Zigarrenfabriken übernommen und kann damit hier über ein volles Jahr der Eigenproduktion berichten. Die Seifenfabrik kann noch nicht auf einen vollständigen Jahresabschluß zurückblicken. Sie hat ihren Betrieb im Juni aufgenommen, die ersten Lieferungen erfolgten im Juli.

Der Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft gewährt einen interessanten Einblick in die Wirkung des neuen Tabakzolls. Der Mehrumsatz wurde fast ausschließlich bei den Zigarren in der Preislage bis zu 50 Pf. erzielt. Hier stieg der Absatz von 14 800 Tausend auf 19 200 Tausend, während er bei den Zigarren in höheren Preislagen von 13 000 auf 10 800 Tausend zurückging.

In den drei Zigarrenfabriken wurden im Jahresdurchschnitt 480 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, davon 124 in Hamburg, 109 in Frankenberg und 258 in Hohenheim. Daß der Anteil der Hamburger Fabrik an der Gesamtarbeiterzahl so niedrig ist, beruht zum größten Teile darauf, daß bei den Hamburger Arbeitslöhnen die Fabrik in der Produktion billigerer Sorten nicht konkurrenzfähig ist und daß man diese daher in den anderen Fabriken herstellen lassen muß.

Die Seifenfabrik setzte in den sechs Monaten Juli bis Dezember 2 000 000 Kilogramm um. Der Wert dieses Umsatzes beträgt 1 370 000 Mark. Da ein derartiger, neu eingerichteter Betrieb nicht gleich voll leistungsfähig ist, ist für das nächste Jahr ein bedeutend größerer Umsatz zu erwarten, liegt doch im abgelaufenen Jahre der Umsatz von 400 000 Kilogramm im August auf 670 000 Kilogramm im Dezember. Diese Steigerung wurde erzielt, obwohl die Marktverhältnisse für die Rohprodukte der Seifenfabrik außerordentlich ungünstig waren. Die Lele und Fette, die zur Seifenfabrikation gebraucht werden, wiesen ganz abnorme Preise auf. Derartige Vorgänge hindern naturgemäß eine in der Entfaltung begriffene Fabrik bedeutend mehr als eine bereits eingearbeitete und mit ihren Produkten gut eingeführte. Das Gesamtpersonal der Seifenfabrik beläuft sich auf 189 Personen. Das eigentliche Arbeitspersonal bilden 88 Arbeiter und 79 Arbeiterinnen.

Auch die Kaffeerösterei hat einen ansehnlichen Mehrumsatz zu verzeichnen, sie setzte 1 608 000 Kilogramm Kaffee um, gegen 1 554 000 Kilogramm im Jahre 1909, das macht ein Mehr von 5 Proz.

Am Warenhandel sind ebenfalls bedeutsame Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Artikel, die in eigenen Packungen mit der Schutzmarke GEG geliefert werden, ist wiederum gestiegen. Es wurden im Berichtsjahre neu eingeführt: Kondensierte Milch, Haselnüsse, Erbsen, Suppenwürstchen, Vanille, Zichorien. Für zwei weitere wichtige Artikel, Margarine und Pflanzenbutter, waren am Ende des Berichtsjahres die Vorbereitungen für die Lieferung in eigener Packung noch nicht völlig zum Abschlusse gelangt; inzwischen ist jedoch auch hier die Einführung erfolgt. Diese eigenen Packungen der Großeinkaufsgesellschaft haben für den organisierten Konsumenten viel größere Bedeutung als mancher denkt. Sie ermöglichen für Artikel, bei denen die eigene Produktion noch nicht angedacht ist, eine Emanzipation von der privatspekulativen Produktion. Durch Fortfall der Melasse und vieler Vertriebskosten sind diese Artikel in eigener Packung billiger als die entsprechenden Markenartikel. Vor allem aber wird auf diese Weise die Kaufkraft konzentriert, dem Fabrikanten stehen nicht mehr die vielen einzelnen Käufer gegenüber, sondern als deren Vertreter ein großes, kapitalträchtiges Geschäft, das jederzeit mit einem Wechsel

der Fabrik drohen kann und infolgedessen in der Lage ist, die Interessen der Konsumenten wirksam wahrzunehmen.

Von anderen genossenschaftlichen Organisationen bezog die Großeinkaufsgesellschaft für 8 600 000 Mark, während sie im Vorjahre nur für etwas über 3 Millionen Mark bezog. Unter den hier in Frage kommenden Betrieben steht dem Umfange nach an erster Stelle die Papierwarenfabrik der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co. mit 673 000 Mark. Von der Nordhäuser Kautabalarbeitergenossenschaft wurde für 229 000 Mark bezogen, verschiedene Kaffereien und Kaffereien lieferten zusammen für 877 000 Mark.

Die Zahl der Gesellschafter der Großeinkaufsgesellschaft ist auch gestiegen, sie beträgt jetzt 675. Die Zahl der Vereine, die von der Großeinkaufsgesellschaft beziehen, ist natürlich bedeutend größer, es waren 1910 1554 gegenüber 1521 im Jahre 1909.

Die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft, die ihren Betrieb 1909 begonnen hat, erhöhte ihren Bestand an Girokonten von 180 auf 280. Die Gesamtumsätze im Giroverkehr betragen:

	im Debit:	im Kredit:
1910 . . . . .	62 410 598,42 Mark	63 329 534,89 Mark
1909 . . . . .	55 065 671,68 Mark	54 958 797,29 Mark
also 1910 mehr	27 344 926,74 Mark	28 370 737,10 Mark

oder 77,9 Proz. Erhöhung, oder 81,2 Proz. Erhöhung.

Der Gesamtumsatz der Bankabteilung auf allen Konten einer Seite des Hauptbuchs betrug im Jahre 1910 347,5 Millionen Mark gegenüber 243 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat stets eine sehr vorsichtige Finanzpolitik betrieben, so daß sie heute in außerordentlich kapitalstarker Betrieh ist. Ihr gesamtes Betriebskapital belief sich im vergangenen Jahre auf 3 933 161 Mark. Dazu treten nun jedoch sehr erhebliche Zuwendungen aus den Erträgen dieses Jahres, da die Großeinkaufsgesellschaft den Grundbesitz besetzt, in erster Linie ihr Kapital zu stärken und nur geringe Rückvergütungen zu zahlen.

Das gesamte Personal zählte am 31. Dezember 1910 1155 Köpfe, davon entfielen auf die Produktivbetriebe 757 Personen. Im Vorjahre betrug die Personalzahl nur 331. Ist die Vermehrung auch zum größten Teil auf die Angliederung der Produktivbetriebe zurückzuführen, so hat doch auch in der Zentrale eine Vergrößerung stattgefunden, der naturgemäß auch eine Vergrößerung der Räume entsprechen mußte. Es wurde am Verwaltungsgelände Hamburg ein großer Neubau vorgenommen. Die Arbeitsverhältnisse des gesamten Personals sind durch Tarifverträge geregelt, die nicht nur anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen, sondern auch Ferien vorsehen.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat also ein Jahr hinter sich, mit dem sie wohl zufrieden sein kann. Offensichtlich findet sie bei den Konsumenten auch weiterhin die genügende Unterstützung, damit sie stets in der Lage ist, die Interessen des organisierten Konsums wahrzunehmen.

### Wasserbauarbeiter

Plattling. Ein Opfer des Berufes geworden ist unser Jilialkassierer Josef Kalleder. Am 19. Mai war er in der Fiar bei Plattling mit Fahlziehen beschäftigt. Als sie mit ihrem Schiff (Platte) hinausfuhr, stießen sie auf einen Fahl. Das Schiff stürzte um und Kalleder, der direkt unter das Schiff kam, verschwand spurlos in den Wellen. Die beiden anderen Verbandskollegen konnten sich als des Schwimmens kundig noch mit Mühe retten. Kollege Kalleder war einer der ersten, die unserer Organisation beitraten. Seit der Jilialgründung vertrat er das Amt eines Kassierers. Wir verlieren in ihm ein tapferes Mitglied.

In Freising nahmen die Wasserbauarbeiter am 14. Mai zu der jüngsten Entlassung mehrerer Arbeiter Stellung. Kollege Weiß, München verurteilte in seinen Ausführungen, daß vom Bauamt der weitaus größte Teil der Jilarrektionsarbeiten an die Firma Sager u. Börner vergeben wurde. Dadurch ist erklärlich, daß die Regiearbeiten sehr lang bemessen und Entlassungen die unausbleibliche Folge sind. Wenn nun angenommen wird, daß die Arbeiten durch die Firma billiger gemacht werden, so irt man sich. Denn gerade die auszuführenden Betonarbeiten lehren, daß diese zu dem ausgeworfenen Satz pro Kubikmeter auch im Staatsregie leicht hätten ausgeführt werden können. Dabei wollen wir auf den Unterschied zwischen Regie- und Unternehmerarbeit gar nicht eingehen. Zu protestieren aber ist dagegen, daß die Firma sogar ausländische Arbeiter beschäftigt, während die einheimischen Arbeiter und Steuerzahler gezwungen sind, sich außerhalb Freising ihr Brot zu suchen. Bei gutem Willen hätte das Straßen- und Flußbauamt leicht ein Einvernehmen mit der Firma erzielen können, die entlassenen Arbeiter zu übernehmen. Eine eigentümliche Erscheinung zeigt sich jetzt darin, den Arbeitern keine Entfernungszulagen mehr zu zahlen. Die Flußmeilerbegirte werden in Zonen eingeteilt. Wird dann eine Arbeit ausgeführt, die weiter als 5 Kilometer von der Wohnung der Arbeiter entfernt ist, so stellt man frische Arbeiter, die in der Nähe der Arbeit wohnen, an. Dabei werden Bauernsöhne, die zu Hause Anwesen und mehrere Tagewerk



Grund haben, besonders berücksichtigt. Diesen Arbeitern braucht man dann keine Entfernungszulagen zu bezahlen. Die Wasserbauarbeiter aber, die weiter nichts haben als was sie verdienen, stellt man vor die Alternative, entweder den zweiten Weg ohne Vergütung zurückzulegen oder zu Hause zu bleiben. Solchen unliebsamen Erscheinungen muß von vornherein Einhalt getan werden, indem die Arbeiter solche Fälle sorgfältig registrieren und der Verbandsleitung zur Kenntnis bringen. Eine Resolution, die dem Straßen- und Flußbauamt die Ansicht der Arbeiter in diesen Fragen präzisiert, wurde angenommen.

**Mosburg.** Am 14. Mai versammelten sich die städtischen Arbeiter sowie die staatlichen Wasserbauer. Während erstere den Bericht über die Stellung der städtischen Kollegien Münchens zu den vom Verband eingereichten Forderungen entgegennahmen, berieten letztere die Forderungen der Wasserbauarbeiter an den kommenden Landtag zu stellen haben. Kollege Weich-München referierte. In der Diskussion wurde von den Wasserbauarbeitern darüber gellagt, daß ihnen trotz der zweiten Entfernungs, die sie täglich von und zur Arbeitsstelle zurücklegen müssen, keine Entfernungszulagen bezahlt werden. Kollege Weich versprach in seinem Schlußwort, diese Angelegenheit dem Straßen- und Flußbauamt München zu unterbreiten, forderte aber auch, daß die Kollegen fortgesetzt und unermüdet die Werbearbeit für die Organisation betreiben sollen.

### • Notizen für Gasarbeiter •

**Berlin.** (Gasanstalt Schmargendorf.) Die Kollegen waren am 16. Mai zahlreich versammelt. Nach einem Referat über „Städtische Sozialpolitik“ erstattete der Arbeiterausschuß Bericht. Bemerkenswert ist, daß ein schon vor Jahren gestellter Antrag, einen Unterstufstraßen für die Kohlenabläder zu schaffen, wieder ausgenommen werden mußte, weil die f. Zt. gegebene Zusage nicht innegehalten wurde. Offensichtlich bedarf es jetzt nicht noch einer erneuten Beschwerde. Daß für die Reinigungsarbeiter die Schaffung von Badegelegenheit beantragt werden mußte, war der Verwaltung bei der Selbstverständlichkeit dieser Forderung sicher unangenehm. Aus dem Grunde wahrscheinlich wurde die Protokollierung des Antrages und der gegebenen Zusage zuerst übersehen und nur auf Drängen der Arbeitnehmer vollzogen. Der Antrag der Kollegen, die Überstunden mit 25 Proz. Zuschlag zu bezahlen, und zwar auch jede angefangene Stunde, hatte dem Platzmeister Dohnke Veranlassung gegeben, gegen die Arbeiterausschußmitglieder zu Felde zu ziehen. Im umgekehrten Falle würde der Platzmeister sagen, „es wäre in demagogischer Weise gehandelt worden“. Wir möchten dem Platzmeister empfehlen, etwas mehr bei der Wahrheit zu bleiben. Der Arbeiterausschuß hat nicht, wie er behauptet, verlangt, daß stets volle Überstunden gearbeitet werden müssen, sondern, daß jede angefangene Stunde bezahlt werden muß. Das ist doch ein Unterschied. Im übrigen sind alle denkenden Arbeiter gegen alle Überstundenarbeit und -schieberei. Besondere Rührung erregt es bei den Kollegen, daß den Arbeitern der für die Beamten eingerichtete Weg nach dem Hohenollerndamm nicht ebenfalls freigegeben ist. Die Kollegen dürfen auf der im wüsten Zustande befindlichen Forderndstraße sich Hals und Beine brechen, nur damit die Herren Beamten auf ihrem Wege nicht mit Arbeitern zusammen wandern müssen. Mit Genehmigung des diesbezüglichen Antrages würden mehreren hundert Kollegen Ersparnisse an Zeit und Fahrgeld erwachsen. Wir hoffen, daß die letzteren Tatsachen die Veranlassung für eine zusage Antwort seitens der Direktion bilden.

### • Aus den Gemeinden •

**München.** Die gemeindlichen Submissionsvorschriften sind vom Magistrat dahin abgeändert worden, daß das halbe Prozent, das bisher die Unternehmer, welche gemeindliche Arbeiten übernahmen, an die Versorgungskasse der städtischen Arbeiter zu entrichten hatten, auch dann gezahlt werden muß, wenn die Arbeiten nicht in Submission, sondern freihändig vergeben werden.

### • Aus unserer Bewegung •

**Berlin.** Wohl keine andere christliche Arbeit wird so gering bewertet, als die Tätigkeit der Wartefrauen in den städtischen Berliner Bedürfnisanstalten. Die Nichtachtung wird den Frauen von einem sehr großen Teil der Besucher und Besucherinnen offen ausgesprochen; Beleidigungen müssen sie in den Kauf nehmen, welche hier nicht wiedergegeben werden können. Mühselige Geden erlauben sich, selbst Angriffe auf die Frauenehre der Wartefrauen zu unternehmen. Wenn die Wärterinnen bei der Ausübung ihres Berufes derart vom Publikum belästigt werden, sollte es Aufgabe der zuständigen Stelle, der Verwaltung der Berliner Straßenreinigung sein, diesen ihren Angestellten den weitgehendsten Schutz zu

garantieren. Dem ist aber nicht so; schußlos stehen die Frauen den Angriffen und Beleidigungen gegenüber, und bei etwaigen Beschwerden ziehen sie noch den Kürzeren. Aber nicht nur von den Besuchern der Notunden werden die Frauen belästigt, sondern auch die Vorgesetzten glauben häufig, an den schußlos freigegebenen ihr Mütchen fühlen zu können; dies wird im besonderen dem Aufseher B. nachgesagt. Aber auch als Ausbeutungsbefehl werden die Wärterinnen von einzelnen Vorgesetzten betrachtet. So wurde in einer Versammlung am 12. Mai berichtet, daß sich die Aufseher von den Wartefrauen Geld borgen. Um nicht erst Umstände zu haben, zog sich einer dieser Herren das „Darlehn“ — man lese und staune — einfach gleich von dem karglichen Gehalt, welches er der Frau auszahlen sollte, ab. Dem Kassierer B. wurde nachgesagt, daß er bei einer Kontrolle der Rotunde in der Bülowstraße die Uhr im Kasset 1. Klasse trotz des Protestes der Wärterin weiterdrehte; diese mußte nun später den dadurch angezeigten Mehrbetrag aus der eigenen Tasche bezahlen. Beleuchtet wurden die Verhältnisse der Wartefrauen auch in einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ am 9. Mai d. J. Es heißt dort wörtlich: „Sie müssen vor jedem Aufseher der Straßenreinigung, die ihre direkten Vorgesetzten sind, gar bescheiden und demütig sich neigen und gar nicht etwa Beschwerden oder Bitten um Besserstellung oder dergleichen anbringen, sonst riskieren sie, kurzerhand entlassen zu werden. Denn es besteht in Berlin der Zustand, daß diese Wartefrauen sofort entlassen werden können!“ — Solche Zustände in einer ihrer Verwaltungen ist einer Reichshauptstadt unwürdig. Sollte die Verwaltung der Straßenreinigung hier den Verhältnissen aus diesem oder jenem Grunde machtlos gegenüberstehen, so muß es Aufgabe des Magistrats sein, einzugreifen. Die Wärterinnen der Bedürfnisanstalten gebrauchen dringend nicht nur des Schutzes gegenüber den Angriffen des Abschaums des Publikums, sondern in erster Linie gegen die eigenen Vorgesetzten. Es ist deshalb dringend notwendig, daß für die Frauen eine Instanz geschaffen wird, durch welche sie ihre Wünsche und Beschwerden auch gegen die Vorgesetzten der Verwaltung übermitteln können. Sie und Stimme im Arbeiterausschuß ist eine dringende Notwendigkeit! Es können dann auf diesem Wege alle Fragen aus dem Arbeitsverhältnis erledigt werden. Viel ist hier noch zu schaffen; harret doch die Urlaubsfrage noch der Lösung, ebenfalls die Zahlung des Kleidergeldes, Lieferung der Desinfektionsmittel usw. usw. Leider steht zu befürchten, daß die Verwaltung wie auch der Magistrat der Lage der Wärterinnen in den Toilettenanstalten nicht das nötige Verständnis entgegenbringen wird. Es sei darum den Frauen nahegelegt, daß sie nicht durch häßliche Untertunigkeit und Demut ihre Lage verbessern können, sondern daß nur durch einen festen gewerkschaftlichen Zusammenschluß die fehlende Einsicht der Verwaltungen errungen werden kann.

**Berlin-Schöneberg.** Eine überfüllte Versammlung städtischer Arbeiter tagte am 17. Mai im „Gesellschaftshaus des Westens“. Der Einladung waren sowohl eine Reihe bürgerlicher Stadtwesen ordneten wie auch einige Verwaltungsleiter gefolgt. Das Referat über das Thema: „Der Archibang der sozialen Arbeiterpolitik“ hielt Stadtw. Genosse Küster, der die bereits in letzter Zeit in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache gebrachten Zustände in den städtischen Betrieben und die Arbeitsverhältnisse darlegte. In der Diskussion ergänzte Kollege Polenske die Ausführungen des Referenten. In der weiteren lebhaften Debatte nahm der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins der Gemeindeführer, Vorarbeiter Ratshulst, das Wort. Dieser „Gewerkschaftsführer“ übte Kritik daran, daß die Versammlung von unserem Verband einberufen worden sei. Im übrigen trug er seiner abweichenden Weltanschauung dadurch Rechnung, daß er den weitest größten Teil seiner Ausführungen dazu benutzte, um die Notwendigkeit der Beseitigung der Mühseligkeiten zu betonen und den Leuten von der anderen Seite Vorwürfe zu machen. Nachdem Kollege Ellenbed die Ausführungen dieses Redners niedriger gehängt hatte, fühlte sich Herr Stadtw. Salinger (lib.) veranlaßt, für R. in die Bresche zu springen und die Debatte auf das politische Gebiet zu lenken. Er glaubte, die städtischen Arbeiter auf die englischen Arbeiter hinweisen zu müssen, die nach seiner Meinung dadurch, daß sie sich jeder Politik fernhalten, am besten fahren. Darauf bedachte Herr Salinger sein Haupt und verschwand. Er sowie sein Freund Ratshulst waren die einzigen, die versuchten, die Debatte auf das politische Gebiet hinüberzuspielen. Interessant war es, daß Herr Betriebsdirektor Herbach vom Krankenhaus die Erklärung abgab, daß er dem Koalitionsrecht des Personals nicht als Gegner gegenüberstehe, ja sich sogar als Förderer der Organisation entpuppte. Etwas eigen berührte dabei allerdings die Mitteilung eines Diskussionsredners, wonach sich der Herr Betriebsleiter sehr eingehend bemühte, den Verteiler des Einladungzettels des sozialdemokratischen Flugblattes, wie er ihn bezeichnete, zu ermitteln. Die vom besten Geiste besetzte Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher die Versammelten auf das lebhafteste bedauern, daß ihren Anträgen auf Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bisher nicht Rechnung getragen wurde. Anfangslöhne von 3,75 Mk. pro Tag, wie sie zurzeit noch in Schöneberg gezahlt werden, müssen bei den teuren Existenzbedingungen in Schöneberg als Hungerlöhne bezeichnet



werden. Die Versammelten protestierten ferner gegen die Verschlechterungen, die in jüngster Zeit durch Schmälerung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten sind. So ist in der Stadtverwaltung der Zuschlag für die ersten drei Sonntagsstunden von 100 Proz. auf 60 Proz. herabgesetzt worden; in der Pumpstation ist die Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich und in der Straßenreinigung an den Lohnzahlungstagen um eine Stunde verlängert worden. Es wurde die Errichtung einer sozialen Kommission gefordert und die Ortsverwaltung unseres Verbandes beauftragt, die Resolution den städtischen Körperschaften zu übermitteln. Hervorgehoben zu werden verdient aber, daß Herr Ratshulst nicht für die Resolution stimmte.

**Dresden.** In letzter Zeit wurden in fast allen Arbeiteraufenthaltsräumen der städtischen Betriebe sowie in den Baubuden und Mannschaftswagen der einzelnen Bauplätze große Plakate aufgehängt, in welchem der — sächsische Militärverein — in ausführlicher Weise auf seine Unterstützungsanstalten hinweist und zum Beitritt in den „Bund“ resp. in die einzelnen Vereine auffordert. Nach den landläufigen Anschauungen nennt man dies Agitation treiben und dadurch, daß der Rat zu Dresden seine Zustimmung zum Aushang dieser Plakate gegeben hat — denn wir können doch nicht annehmen, daß die Plakate ohne Genehmigung aufgehängt wurden —, unterstützt er den Militärverein in seiner Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder. Angesichts dieser Tatsache hielten auch wir uns für berechtigt, ebenfalls um die Genehmigung zum Aushang unserer Verbandsplakate nachzusuchen, um die städtischen Arbeiter auch auf die Einrichtungen und Ziele unserer Organisation aufmerksam zu machen. Wir glaubten ganz sicher auf die Zustimmung des Rates rechnen zu dürfen, da wir nicht glaubten, er werde mit zweierlei Maß messen. Doch wir haben uns in der Unparteilichkeit des Rates getäuscht. Er schreibt uns unterm 13. Mai, daß er in kollegialer Beratung es abgelehnt habe, unseren Ansuchen stattzugeben. Nun, unsere Organisation wird ja auch ohne den Aushang unseres Verbandsplakates weiter wachsen wie bisher, wir haben nun aber schriftlich den Nachweis in den Händen, daß, wenn zwei dasselbe ist, es beim Rat zu Dresden doch nicht dasselbe ist. Derselbe Rat, der die Militärvereine in ihrer Agitation unterstützt — diese brauchen ja auch diese behördliche Unterstützung recht dringend —, erklärt trotz alledem, daß in den städtischen Betrieben keinerlei Agitation geduldet werde, und schon so mancher städtische Arbeiter hat sich in den Fingerringen des berühmten § 17 der Allgemeinen Arbeiterordnung versagen, wenn er sich erdreistete, Verbandsplakate oder gar Agitationsflugblätter des Verbandes zu verbreiten, selbst wenn es außerhalb der Arbeitszeit geschähe. Es fand sich schon immer ein Subjekt, das sich dadurch „belästigt“ fühlte. Wie nun, wenn sich durch das Militärvereinsplakat auch ein städtischer Arbeiter „belästigt“ fühlte, würde man dann den Verbreiter dieses Plakates auch auf Grund des § 17 bestrafen? Das ist ja natürlich nicht der Fall. Der Vorgang ist bezeichnend für die oft behauptete Unparteilichkeit. Sollte jedoch der Rat offiziell von dem Aushang der Militärvereinsplakate keine Kenntnis haben, so wird er wohl nun ohne weiteres deren Beseitigung anordnen. Oder nicht?

**Dannover.** In der Versammlung vom 10. Mai hielt Arbeitersekretär Paul einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Arbeiterbewegung zur Zeit des Sozialistengesetzes“. Als Delegierte zur Konferenz wurden die Kollegen Wagenmayer, Jürgens, Böker und Siebers gewählt. Kollege Reifner wurde zum Kandidaten für den Gewerkschaftskongress nominiert.

**Münsterberg.** Wer in der letzten Zeit die Verhandlungen in unserem Stadtmagistrat mit Interesse verfolgt hat, muß zugeben, daß der Magistrat nicht gerade sehr liebenswürdig mit seinen Arbeitern und unteren Beamten verfährt. Alles, was da zu beanstanden wäre, kann hier nicht aufgeführt werden, aber einiges ist vielleicht den Bürgern und Wählern zu der nächsten Gemeindevahl von Wichtigkeit. Das Friedhofspersonal hat im August 1910 um Beförderung in eine höhere Klasse gebeten, weil diese Leute als Beamte in immer tadelloser schwarzer Montur, als Totengräber und Leichentransporteure, mit 1300 Mk. jährlich nicht auskommen können. Im Februar 1911 erfolgte Mitteilung, daß in diesem Jahre kein Geld da sei. Nun wurde erneut ein Besuch gemacht, wenigstens bis zur Etatberatung, wo die Gehaltsregulierung jedenfalls erfolgt, ein jährliches Monturgeld zu gewähren. Klingt es da nicht wie ein Dohn, wenn man liest, daß eben dieses Gesicht wieder bis zur Etatberatung zurückgestellt ist? — Ein Straßenbahnführer wird angezeigt, weil er die ortspolizeilichen Vorschriften übertreten haben soll, und zu einer Strafe von 1 Mk. verurteilt. So ist er „vorgestraft“. Bei einem Zusammenstoß, wo er dann vielleicht nicht das geringste Verschulden hat, wird ihm diese Strafe von 1 Mk. zum Verhängnis. Er wird wieder gestraft, weil er eben „schon vorgestraft“ ist! Nun wird man verstehen, wenn dieser Mann Einspruch gegen den Strafbefehl erhebt. Er wird in der Verhandlung freigesprochen, muß aber seine Kosten von 27,70 Mk. selber tragen! Hätte er eine Mark gezahlt, so wäre er schuldig gewesen, jetzt ist er freigesprochen und muß 27 Mk. zahlen. Er ersucht den Stadtmagistrat, seinen Arbeitgeber, um Rückerstattung der Kosten, da er durch Ausübung seines Dienstes in diese Sache verwickelt wurde.

Der Magistrat lehnt das ab; er hätte keinen Rechtsanwalt gebraucht, er wäre auch so freigesprochen worden. Ja, wenn es so sonnenklar war, daß er freigesprochen werden mußte, warum hat denn die städtische Polizei, die doch ebenfalls dem Magistrat untersteht, überhaupt Anzeige erstattet? — Die gesamten städtischen Arbeiter haben durch ihre Arbeiterausschüsse ein Gesuch an den Magistrat geleitet um Aenderung der Arbeitsordnung, Ausgleich von Härten in der Lohnstafel u. a. m. Das war im August 1910. Wie der Etat für 1911 im Februar d. J. beraten wurde, da war diese Eingabe „zu spät“ an den Magistrat gelangt. Als die Arbeiterausschüsse im April d. J. nach dem Verbleib ihrer Eingabe fragten, wurde ihnen Bescheid, daß ihre Angelegenheit in Beratung sei. Es wird also wieder der August herantommen und immer noch keine Entscheidung gefällt sein. — Im Gaswerk verlangte der Arbeiterausschuss, daß für die neu eingeführten Nachtschichten der Installateure der Prozentzuschlag erfolge. Das war im Februar. Im April erhielten sie die Antwort, daß diese Angelegenheit noch ein paar Wochen dauere. Noch viel trasser tritt diese Langweiligkeit in Behandlung der Arbeiterfragen bei der Feuerwache zutage. 1908 ist eine Arbeitsordnung in Kraft getreten, in der unter anderem bestimmt ist, daß Samstags eine Stunde früher Arbeitsfluß ist. Ist das aus dienstlichen Gründen nicht möglich, dann muß die Stunde extra und noch mit Zuschlag bezahlt werden. Das geschieht überall, nur in der Feuerwache, bei den Kutschern und der Hebridiabfuhr nicht. Der Arbeiterausschuss beschwert sich darüber beim Magistrat; dieser beschließt ausdrücklich, daß auch in der Feuerwache diese Stunde zu zahlen ist. Was kümmern aber den Wertmeister Bösch die Magistratsbeschlüsse. Seiner unmahngelichen Meinung nach brauchen diese Leute die Bezahlung nicht zu erhalten, und damit basta. Als man sich beim Oberbaurat darüber beschwerte (er hat den Magistratsbeschluss mit unterschrieben), erklärte er, daß eine Eingabe an den Stadtmagistrat zu machen sei. Daß hier Magistratsbeschlüsse eigentlich unterschrieben werden, das scheint niemand. Denn es wird wohl noch eine Weile so fort gehen. — Wieviel anders sieht es aus, wenn die deutschen Sängerkasse 50 000 Mk. aus dem Stadtsäckel nachfordern. Da braucht man nicht zwei oder gar vier Jahre zu warten. In einem Monat ist die Sache erledigt und, was die Sängerkasse ist, genehmigt. Es könnte hier vielleicht der Einwand gemacht werden, daß der Nutzen dieses Sängerkassens ein großer ist und vielen Geschäftsleuten zugute kommt; das wollen wir gar nicht beargwöhnen. Aber schaffen die Gemeindearbeiter und Beamten nicht auch kolossale Gewinne für die Stadt, die allen Steuerzahlern zugute kommen? Denn wenn die Eisenüberschüsse vom Gas-, Elektrizitäts- und anderen städtischen Werken nicht wären, würden ganz naturgemäß die Umlagen höher sein. Man sollte also städtische Arbeiter wegen Bezahlung einiger Stunden nicht Tausende von Eingaben machen lassen und diese jahrelang nicht erledigen.

**Wiesbaden.** Unsere Versammlung vom 12. Mai befaßte sich mit den Aufgaben des nächsten Gewerkschaftskongresses. Kollege Marose hielt dazu das einleitende Referat und wurde er von der Versammlung als Delegiertenkandidat aufgestellt. Ferner wurden die Wahlbureau bestimmt und die Wahlzeit festgelegt. Zum Schluss erstatteten die Kollegen Reustle und der Bauarbeiterschulkommission. — Wie die „Hrft. Volksst.“ mitteilt, nimmt das Stadtbauamt gegenwärtig wieder neue Entlassungen von Arbeitern vor. Am 1. Mai wurden 17 Arbeiter, Tagelöhner und Maurer und ein Vorarbeiter entlassen, die alle schon acht bis neun Jahre bei der Stadt beschäftigt sind. Als Grund wird Arbeitsmangel angegeben. Das bezeichnende bei der Entlassung aber ist, daß man gar keine Rücksicht auf die Verhältnisse der Entlassenen nimmt. Es befinden sich darunter Väter kinderreicher Familien, während Leute, die erst ein und zwei Jahre bei der Stadt beschäftigt sind, keineswegs in schlechten Verhältnissen leben dürften. Es kann also keine Rede davon sein, daß eine Auslese nach der Bedürftigkeit stattgefunden hat. Nun hat die Stadt die Einrichtung getroffen, wonach Arbeiter mit zehn und mehr Dienstjahren pensionsberechtigt sind. Diese Pensionsberechtigung steht, wenn wie jetzt verfahren wird, nur auf dem Papier. Die Leute können gar nicht zur Pensionsberechtigung kommen, wenn man die älteren entläßt und dafür junge Leute behält. Auf dem Papier macht sich dann eine solche Bestimmung ganz hübsch, und die Stadtverwaltung schmückt sich mit dem sozialpolitischen Mantelchen. Nun ist gesagt worden, die Arbeiter könnten wieder bei der Stadt ankommen, mühten aber dann mit dem Lohn wieder von unten anfangen. Das heißt natürlich, das Arbeitsverhältnis beginnt von neuem, und die acht oder neun Jahre vorher sind aus dem Leben des Arbeiters gestrichen. Der Magistrat sollte sich dazu äußern, sonst heißt es: eine samose Manier, Pensionsberechtigungen vorzutauschen und das Geld dafür zu sparen.

### • Internationale Rundschau •

**Amerika.** (Die Wahrheit über Milwaukee.) Nach bewährten Rüstern hat sich in der Kapitalistenpresse ein ganzes Regensystem über die rote Stadtverwaltung eingenistet. Man



beschuldigt sie der Vergeudung öffentlicher Gelder, der Anstellung unfähiger Beamter. Man hat ihr die Steuererhöhung, die doch noch von der früheren bürgerlichen Vertretung festgesetzt war, aufs Konto gesetzt, die Fabel von einer unerhörten Arbeitslosigkeit verbreitet, und unsere Genossen sind dabei, die nötigen 100 000 Dollar in Anteilen auszubringen, die zur sofortigen und ständigen Wiederlegung solcher Lügen durch ein Tageblatt erforderlich sind. Größtenteils aber gibt es auch jetzt schon bürgerliche Blätter, die sich die Mühe nehmen, die Wahrheit zu ermitteln, und auch ehrlich genug sind, sie zu schreiben. So berichtet die Redaktion des republikanischen "Evening Wisconsin" auf Anfrage eines latifundistischen Blattes: Vor allem habe Milwaukee jetzt eine ehrliche Verwaltung. Viele Mißstände seien beseitigt, unfähige Beamte entfernt, die Einnahmen durch Heranziehung der Steuerhinterzieher verbessert. Die Arbeitslosen seien eher weniger als anderswo. Und der "Star" in Indianapolis, der jede Sympathie für den Sozialismus ablehnt, hat einen Sachmann eigens nach Milwaukee geschickt. Er ist auch Antisozialist, hat aber die Dinge unbefangenen geprüft. Querschnitt wandte er sich an die Ankläger: die bürgerlichen Redaktionen, erhielt aber dort nur allgemeine Redensarten als Auskunft. Ein Zeuge für die Mißwirtschaft, der ihm genannt wurde, war nicht aufzufinden. Dann ging er zu dem Stadtkontrollleur, einem Genossen, der ihm die Bücher — die jedem offenstehen — zur Prüfung vorlegte und die Vorwürfe als Lügen nachwies. Von seinem System der Rechnungsführung sagt ein anderer bürgerlicher Sachverständiger: danach sei jede Art "Graft" unmöglich. Milwaukee schulde dafür den Sozialisten ewige Dankbarkeit. In diesem Stadthaus schaut Euch jeder gerade in die Augen. Niemand scheint etwas verheimlichen zu wollen. ... Man hat den Sozialisten nie die Praxis angetraut, eine große Stadt zu verwalten. Aber diese scheinen es zu können. Sie haben eine vernünftige, befriedigende Antwort auf jede vernünftige Frage. — So bricht sich die Wahrheit, allen Verleumdungen zum Trotz, doch Bahn. Und Duende amerikanischer Gemeinden haben gezeigt, daß sie nach der jahrzehntelangen Täuschung und Ausplünderung durch die alten Parteien den Sozialisten die Ehrlichkeit und die Einsicht zutrauen, die zu gründlicher Besserung führen können.

**England.** Zu derselben Zeit, wo sich der Deutsche Reichstag mit der Erledigung des Möbigen, mehr Rückschritt als Fortschritt aufweisenden Gesetzentwurfs über die Reichsversicherungsordnung abplagt, hat die englische Regierung im Unterhause einen Entwurf für die Sozialversicherung eingebracht, der turmhoch über dem soviel gepriesenen deutschen Gesetzesentwurf steht. Der englische Entwurf gliedert sich in zwei Teile, wovon einer die Versicherung gegen Krankheit, der andere die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrifft. Die Krankenversicherung gliedert sich in die obligatorische und die freiwillige. Erstere besteht in obligatorischen Abgaben vom Wochenlohn oder vom Verdienst, der weniger als 160 Pfund (3200 Mark) jährlich beträgt. Hierzu treten die Beiträge des Arbeitgebers und des Staates. Ausgenommen von dem Gesetze sind Lehrer und Angehörige von Meer und Flotte, für die besonders Vorrechte getroffen werden soll. Der Wohnzins wird bei Männern 4 Pence (35 Pf.), bei Frauen 3 Pence wöchentlich betragen. Die Arbeitgeber sollen wöchentlich 3 Pence für jeden ihrer Angestellten, der Staat 2 Pence tragen. Die Gesamtzahl der von dem Gesetzentwurf betroffenen Männer, Frauen und Jugendlichen beträgt 14 700 000. Um der Gefahr der Schwindsucht zu begegnen, schlägt die Regierung vor, den Sozialbehörden und den Spitälern bei der Errichtung von Sanatorien im ganzen Lande Beihilfen zu leisten. Der Staat wird hierfür ein Kapital von 1 1/4 Millionen Pfund (30 Millionen Mark) vorsetzen. Die Krankenunterstützung soll für die ersten drei Monate 10 Schilling wöchentlich, für die nächsten drei Monate fünf Schilling wöchentlich betragen. Der Entwurf soll hauptsächlich mit Hilfe der Arbeiter-Unterstützungsvereine durchgeführt werden; doch können die Beiträge auch durch die Post entrichtet werden. Der Gesetzentwurf soll am 1. Mai 1912 in Kraft treten. Die Belastung des Staates für 1912/13 wird sich auf 1 742 000 Pfund (35 536 800 Mk.) belaufen, für 1913/14 auf 3 350 000 und für 1915/16 auf 4 568 000 Pfund (98 187 200 Mk.). Was die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrifft, so wird sie obligatorisch, vorläufig aber auf das Maschinen- und Baugewerbe beschränkt sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen je 2 1/2 Pence für die Woche entrichten, während der Staat ein Viertel der Kosten tragen wird. Die Arbeitslosenunterstützung wird bei den Maschinenbauern 7 Schilling wöchentlich betragen. Im Falle von Ausfällen oder Auspörrungen werden aber keine Zahlungen geleistet. Von dem Gesetzentwurf werden 2 400 000 Arbeiter betroffen, deren Gesamtbeitrag 1 100 000 Pfund beträgt. Die Arbeitgeber werden 900 000 und der Staat 700 000 Pfund beitrugen. Die gesamte im ersten Jahre für beide Arten der Versicherung zu erhebende Summe beziffert sich auf 24 500 000, wovon der Staat 2 500 000 Pfund beiträgt. Im vierten Jahre werden die Beiträge des Staates schon auf 5 500 000 gestiegen sein. Dieser Entwurf Lloyd Georges wurde im englischen Parlament mit der größten Begeisterung aufgenommen. Nachdem die Vertreter der Konservativen und der Arbeiterpartei ihre Zustimmung zu ihm ausgesprochen hatten, wurde er in erster Lesung sofort einstimmig angenommen, so daß die Einzelberatung sofort beginnen kann. Wir zweifeln nicht daran, daß dieser großzügige Entwurf aus einem Guß eher Gesetz werden

wird, als die umständliche deutsche Reichs-Versicherungsordnung, die schließlich gar nichts enthält. Dann wird England 300 Millionen jährlich aus Steuern der Reichen für die Arbeiterversicherung hergeben, während das Deutsche Reich auch nach der Witwen- und Waisenversicherung für diesen Zweck noch keine 75 Millionen aus Armensteuern hergibt. In Deutschland wird man erst zu großzügiger Arbeiterpolitik kommen, wenn sich das Volk energisch aufrafft und der jetzt herrschenden Klasse die Macht endgültig aus der Hand nimmt.

**Frankreich.** Das Gesetz über die Altersversicherung der Arbeiter vom 5. April 1910 soll am 2. Juli 1911 in Kraft treten. Es ist von einem kleinlich-engherzigen Geist getragen und noch minderwertiger als das zurzeit bestehende deutsche Invalidenversicherungsgesetz. Die sozialistische Kammerfraktion stimmte ihm auch nur zu, um sofort seine Verbesserung in Angriff zu nehmen. Den französischen Großkapitalisten ist aber gleich den deutschen jede arbeiterfreundliche Politik zuwider, und sie haben ihr möglichstes getan, dieses Versicherungsgesetz den Arbeitern von vorn herein zu vereiteln. Ihre besten Bundesgenossen fanden sie dabei in den anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften. Sie versuchen die Durchführung des Gesetzes auf jeden Fall zu vereiteln und fordern die Arbeiter auf, die Beiträge zu verweigern. Ihre Abneigung besteht angeblich darin, der Staat werde das angesammelte Kapital zu militärischen Zwecken verwenden — ein Einwand, der wenig stichhaltig ist, weil vielmehr die Errichtung von Volkswohnungen gefördert werden soll. Der wahre Grund liegt vielmehr in der Beitragsleistung der Arbeiter und wie Jaurès behauptet, daß die Syndikalisten Gegner jeder staatlichen Reglementierung sind und an die Stelle der Zwangsversicherung lieber ein System der Selbsthilfe setzen wollen. In der Tat scheint das Gesetz auch ernstlich gefährdet zu sein, trotz aller Aufklärungsarbeit der Regierung und der sozialdemokratischen Partei.

## Rundschau

Für die einzelnen Tagesordnungspunkte des 2. Gewerkschaftskongresses sind nunmehr die Referenten festgesetzt. Den Rechnungsfachbericht der Generalkommission wird der Vorsitzende Ergien erstatten. Ueber das Koalitionsrecht in Deutschland und den Vorentwurf zu einem deutschen Strafrechtswort wird Rechtsanwalt Dr. Heinemann referieren, über Heimarbeiterschutz und Hausarbeiterschutz E. Reichmann, über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung Robert Schmidt, über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung Paul Umbreit, über die Stellung der Privatangehörigen im Wirtschaftsleben P. Bange und über Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften Sassenbach.

**Das Frauenwahlrecht in den deutschen Gemeinden.** Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins hat die Leiterin der Frankfurter Auskunftsstelle für Gemeindeväter, Jenni Apollant, über "Stellung und Mitarbeit der Frau in den Gemeinden" eine Arbeit herausgegeben, die auf Grund des von der Auskunftsstelle gesammelten Materials eine Zusammenstellung aller verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen bringt, nach denen Frauen in deutschen Bundesstaaten und Bezirken das kommunale Wahlrecht besitzen. Zunächst sei betont, daß nirgends in Deutschland die Frauen das passive Wahlrecht besitzen. Auch das aktive Wahlrecht können sie da, wo es ihnen zusteht, meist nur durch einen Bevollmächtigten ausüben lassen. In Preußen besitzen die Frauen dieses aktive indirekte Wahlrecht in den Bezirken Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein. In Hohenzollern besitzen sie das indirekte Wahlrecht sowohl in den Land- als auch in den Stadtgemeinden. In der Provinz Hannover können sie ihr Wahlrecht persönlich ausüben. Ein an den Grundbesitz gebundenes Wahlrecht besteht im Königreich Sachsen. Unverheiratete Grundbesitzerinnen haben hier sogar das persönliche Stimmrecht, während verheiratete sich durch ihren Gatten vertreten lassen müssen. Kein kommunales Wahlrecht besitzen die Frauen im Königreich Württemberg, ferner in der Rheinprovinz, im Großherzogtum Baden, Oldenburg, Elsaß-Lothringen, den beiden Mecklenburg, Anhalt, Meckl. v. L. In Hessen besitzen sie es zu den Kreiswahlen. Das indirekte Wahlrecht sowohl zu den städtischen als auch den ländlichen Gemeinden steht den Frauen zu in Sachsen-Meiningen, Meckl. v. L., Sachsen-Coburg-Gotha und Meckl. v. L. Nur in den Landgemeinden, aber dafür persönlich, dürfen sie wählen in Schwarzburg-Sondershausen, Rudolstadt, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Lippe-Dehmold, Sachsen-Altenburg. In den drei Hanfsstädten ist das Frauenwahlrecht folgendermaßen geregelt: In Hamburg besitzen sie das indirekte Wahlrecht, in Bremen steht ihnen das persönliche Wahlrecht zu den Gemeinde- und Kreiswahlmännern zu, in Lübeck endlich können sie persönlich in den Landgemeinden wählen. Diese Zusammenstellung beweist, daß die Frauen in Deutschland heute bereits ein viel größeres Wahlrecht besitzen, als allgemein angenommen wird und als sie es daher auch tatsächlich gebrauchen. An den Frauen ist es daher, überall da, wo die gesetzlichen Vorschriften es ihnen in irgendeiner Form gestatten, von dieser Waffe Gebrauch zu machen, um so die kommunalen Körperschaften in ihrem Interesse zu beeinflussen.



Der Anfang einer fortlaufenden zuverlässigen Lohnstatistik ist jetzt durch die Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Lohnklassen der Krankenkassen gemacht worden. Auf einer Konferenz der deutschen Städtestatistiker in Stuttgart im Jahre 1906 wurde der Beschluß gefaßt, in eine Bearbeitung des Lohnstatistischen Materials der Krankenkassen einzutreten. Diesem Beschluß sind bereits eine Reihe von Städten nachgekommen. Da die Verschiedenartigkeit in der Darstellung eine Vergleichbarkeit nicht zuließ, brachte im Jahre 1909 das Kaiserliche Statistische Amt eine Bearbeitung nach einheitlichem Muster in Vorschlag. An der daraufhin eingeleiteten Statistik haben sich die sechs Städte Barmen, Düsseldorf, Karlsruhe, Lübeck, Plauen und Strahburg beteiligt. Die Ergebnisse sind jetzt vom Kaiserlichen Statistischen Amt erstmalig zusammengestellt und veröffentlicht worden. Die Erhebungen erstrecken sich allerdings nur auf die eingegangenen Anmeldungen zur Krankenversicherung. Es fehlen noch die Uebersichten über den Gesamtbestand der Krankenkassenmitglieder, gruppiert nach den einzelnen Lohnklassen. Die Voraussetzung dazu ist freilich, daß die Klassen im Lohnklassensystem übereinstimmend gestalten. Das wird wohl noch eine Weile dauern, zumal die neue Reichsversicherungsordnung jeden Versuch nach der Richtung unterläßt. Immerhin bieten die Aufnahmen auch jetzt schon viel des Interessanten. Die Gegenüberstellung der Ergebnisse vom 1. Januar 1910 und 1911 zeigt — was schon durch alle derartigen Statistiken festgestellt wurde —, daß, soweit die männlichen Personen in Frage kommen, die Beschäftigung der mittleren Klassen im Abnehmen begriffen ist, dagegen die unteren und hauptsächlich die oberen Klassen zugenommen haben. Während 1910 in Barmen 17,2 Proz. mit einem Jahresverdienst von mehr als 4 M. gemeldet wurden, war das 1911 bei 24 Proz. der Fall. Ueber die Hälfte der Gemeldeten hatten einen Tagesverdienst von 3,51 bis 4 M. In Düsseldorf ist die am stärksten besetzte Stufe die von 4,01 bis 4,50 M., auf die 1/4 aller Arbeiter entfallen. In Lübeck ist am zahlreichsten besetzt die Stufe von 3,51 bis 4 M., auf die 39,1 Proz. im Jahre 1910 und 40,8 Proz. im Jahre 1911 entfielen. In Strahburg war 1910 die Stufe von 3,51 bis 4 M. mit 23,4 Proz. am stärksten und zwar mit 27,4 Proz. besetzt. Hinsichtlich der weiblichen Personen war am stärksten besetzt die Stufe von 2,01 bis 2,50 M. in Barmen und Barmen, die von 1,50 bis 2 M. in Düsseldorf und Lübeck, die von 1,01 bis 1,50 M. in Strahburg. Wenn die Statistik noch weiter vervollkommen und insbesondere auf weitere Städte ausgedehnt wird, kann sie noch wertvolle Dienste leisten.

**Vom Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten.** Mit ihrem Kampfe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen haben die Arbeiterfeinde auch, soweit die Belämpfung der Geschlechtskrankheiten in Betracht kommt, eine schwere Verantwortung auf sich. Darf man doch ohne Uebertreibung sagen, daß erst der vorurteilsfreie Sinn der in den Krankenkassen tätigen Arbeiter eine systematische Belämpfung der gefährlichen Seuchen in die Wege geleitet hat. Die Gleichstellung der venerischen Kranken Mitglieder mit den anderen Kranken bedeutet die letzte Ueberwindung eines Vorurteils, das Jahrhunderte die Menschheit bedrückte und zur Verbreitung der Syphilis ohne Zweifel erheblich beigetragen hat. Die Geschichte der Behandlung dieser Krankheit ist zugleich eine Geschichte der menschlichen Barbarei. Nachdem die Syphilis zuerst in Paris erkannt worden war, wollte lange Zeit überhaupt kein Hospital syphilitische Kranke aufnehmen, und die den ärmeren Klassen angehörigen Kranken wurden in die Wälder hinausgetrieben, wo man sie umkommen ließ. Als endlich ein Gesetz erlassen war, demzufolge die Syphilitiker in eines der Pariser Hospitäler aufgenommen werden sollten, wurde jeder Kranke vor der Aufnahme geprügelt, und diese rohe Eile dauerte in voller Strenge bis zum Jahre 1700 fort. Doch selbst die unmensliche Behandlung bestand nur für das männliche Geschlecht; für Frauen waren gar keine Vorkehrungen getroffen. Erst im Jahre 1683 richtete man in einem Pariser Hospital eine kleine Abteilung für sie ein, die von Schmutz starrte und von der der französische Arzt Duchatelet ein Bild des Grauens entwarf. Die Kranken starben hier zumeist, und wenn sie mit dem Leben davonkamen, wurden sie zu wandelnden Skeletten. Um auch nur diese elende Behandlung zu erlangen, war es notwendig, lange Zeit zu warten, bis von den 100 Betten, die für männliche und weibliche Geschlechtskranke eingerichtet waren, eins frei wurde. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts besserten sich diese Zustände langsam. In England und Deutschland war die Vernachlässigung der Geschlechtskrankheiten womöglich noch ärger als in Frankreich. Und noch bis vor gar nicht langer Zeit bestand bei uns die vom Gesetz gestützte Unsitte, daß Krankenkassen geschlechtskranke Mitglieder überhaupt nicht zu unterstützen brauchten. Erst in der Fassung vom Jahre 1903 wurde wesentlich auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages jene Bestimmung im Krankenversicherungsgesetz gestrichen, wonach das statutenmäßige Krankengeld gar nicht oder nur teilweise zu gewähren ist, wenn das Mitglied sich durch „geschlechtliche Ausschweifungen“ seine Krankheit zugezogen hat. Seit dieser Zeit hat die Arbeiterschaft vollends alles

aufgeboten, um den Geschlechtskrankheiten mit Hilfe des Gesetzes entgegenzutreten. Nach Vernichtung des Selbstverwaltungsrechtes mag es Sache der Bureaucratie und der Unternehmer sein, auch auf diesem Gebiete der Ruderer Konzessionen zu machen und Rückschritte herbeizuführen. — Was für kuriose und rüchstündige Ansichten aber auch heute noch oftmals auf Arbeitgeberseite über die Geschlechtskrankheiten existieren, konnten wir erst jüngst in einer Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin wahrnehmen. Allerdings nahmen die Arbeiterbelegierten in erfreulichem Gegensatz hierzu durchweg, und zwar recht energisch, einen anderen fortgeschrittenen Standpunkt ein.

### • Eingegangene Schriften und Bücher •

**Die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie.** Unter diesem Titel hat der Verband der Fabrikarbeiter eine Schrift herausgegeben, die auf weitgehende Beachtung Anspruch machen darf. Der Verfasser (H. Schneider, Redakteur des „Proletarier“) schildert in der Schrift, an Hand überreichen Materials die Unfall- und Erkrankungsgefahren in der chemischen Industrie. Zahlreiche graphische Darstellungen, Tabellen und Diagramme erläutern die Zahlen im Text. Die Abbildungen verletzter und erkrankter Personen legen von der ungeheuerlichen Verwüstung von Menschenleben und Menschengesundheit in der chemischen Industrie Zeugnis ab. Die Anschaffung dieser Schrift kann allen, die sich mit gewerbehygienischen Fragen beschäftigen, nur empfohlen werden. Der Preis der Schrift ist 3 M. für das kartonnierte und 4 M. für das gebundene Exemplar. Den Bezug vermittelt die Verlagsbuchhandlung in Hannover. Wir kommen auf die vorzügliche Schrift eingehend zurück.

### Ortsbeamter gesucht.

Die Filiale Bremen sucht einen tüchtigen Ortsbeamten. Antritt 1. August d. J. Anfangsgehalt 2000 M., steigend bis 2200 M. Derselbe muß zur Führung der Filialgeschäfte befähigt sein und die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Reflektanten wollen ihre Bewerbungsschreiben mit näheren Angaben über ihre bisherige Tätigkeit im Verbands sowie in der Arbeiterbewegung überhaupt, den Nachweis über ihre Organisationsangehörigkeit und Lebenslauf bis zum 17. Juni d. J. unter der Aufschrift „Bewerbung“ an das Bureau der Staatsarbeiter, Bremen, Faulenstr. 58/60, 2. Etage, 3. 17, gelangen lassen.

### Filiale Chemnitz.

Den Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß die Adresse des Kassierers vom 1. Juni ab lautet:

**Karl Päßig, Leonhardstr. 18, II. Etg.**

Ne des 1. Vorsitzenden

**Hermann Lange, Lontzenplatz 8, I. Etg.**

Alle Unterhaltungsbezahlungen erfolgen nur Dienstags abends von 7 bis 9 Uhr beim Koll. Päßig.

Die Kollegen werden ersucht dies zu beachten und die Zeit genau einzuhalten. Die Ortsverwaltung.

### Totenliste des Verbandes.

**Konrad Broßke, Berlin**  
Chemiker a. Schlacht- u. Viehhof  
† 10. 5. 1911, 44 Jahre alt.

**Karl Lange, Berlin**  
Vorier (Bassier u. Belfortstr.)  
† 11. 5. 1911, 74 Jahre alt.

**Alb. Eibler, Frankfurt a. M.**  
Lagerhausarbeiter (Hafen)  
† 18. 5. 1911, 49 Jahre alt.

**Albert Steger, München**  
Laternenwärter  
† 18. 5. 1911, 62 Jahre alt.

**Josef Kallender, Plattling, Wasserbauarbeiter,**  
gestorben am 19. 5. 1911, im Alter von 55 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Crescentia Huber, Stuttgart**  
Wäscherin (Schwimmbad)  
† 14. 5. 1911, 60 Jahre alt.

**Em. Th. Gerthold, Dresden**  
Laternenwärter  
† 14. 5. 1911, 61 Jahre alt.

**Christian Prellin, Hamburg**  
Borarbeiter, Eisenbahnbaupl.  
† 17. 5. 1911, 46 Jahre alt.

**Heinrich Buchholz, Berlin**  
Arbeiter bei der Karbverteilung  
† 18. 5. 1911, 65 Jahre alt.